

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Sparen auf Kosten der Armen.

Die bürgerlichen Parteien in der Koalition erheben seit einiger Zeit verstärkt den Ruf nach Ersparungen im Staatshaushalt. Besonders ist es Dr. Aramatz, der die Besucher seiner Versammlungen mit dieser Forderung dadurch entflammt, daß er gleichzeitig gegen die hohen Steuern loszieht, deren Herabsetzung dringend notwendig sei. Was ein reichthümlicher Bourgeois ist, der hält es für selbstverständlich, daß jede, irgendwie erzielte Ersparnis in den Staatsausgaben, sofort ihm und seinen Massengenossen zugute kommen muß, und in dieser Auffassung sind sich tschechisch- wie deutschbürgerliche einig. Die Regierung bezieht sich nun, der Forderung nach Ersparungsmaßnahmen zu entsprechen. Sie plant, wie schon besprochen, eine Verminderung der Zahl der Staatsangestellten auf Kosten der Frauen durch Entlassung der verheirateten Staatsbeamtinnen vorzunehmen, und sie hat, bevor noch dieser durch einen Zufall bekannt gewordene Plan zur Ausführung gelangt ist, eine andere Sparmassnahme durchgeführt, die ebenso ungerecht, hart und unsozial ist, indem sie eine Kürzung der fargen Unterstützung der Arbeitslosen im Verordnungswege vorgenommen hat.

Die auf Grund des Gesetzes vom 12. August 1921 den Arbeitslosen gewährten Unterstützungen reichten schon bisher nur aus, um die Arbeitslosen und ihre Familien gerade vor dem Verhungern zu schützen. Sie betragen in Gemeinden bis zu 7000 Einwohnern acht Kronen täglich, in Gemeinden mit einer größeren Einwohnerzahl zehn Kronen. Für die Ehegattin oder Gefährtin wurde ein Familienbeitrag von zwei Kronen täglich gewährt, für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr eine Krone. Eine aus vier Personen bestehende Familie bezog höchstens 14 Kronen. Davon mußten oft viele Monate hindurch die Kosten der Miete, der Kleidung und des Lebensunterhalts bezahlt werden. Auch der sozial empfindungsloseste Mensch wird sich eine Vorstellung davon machen können, wie trostlos und bitter das Leben dieser, auf den Hungeretat gestützten armen Menschen ist, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, gestaltet. Gerade bei diesen Armuten hat nun die Regierung mit ihren Sparmassnahmen eingegriffen, indem sie die Arbeitslosenunterstützung um ein Viertel herabsetzte. Sie beträgt nunmehr in Gemeinden bis zu 7000 Einwohnern sechs Kronen, in größeren Gemeinden 7.50 Kronen. Der Abzug beträgt, wird man sagen, nur zwei Kronen bis zwei Kronen 50 Heller, aber bei acht bis zehn Kronen Unterstützung sind dies doch Beträge, deren Einbuße die anspruchsvollsten, ohnehin verelendeten Arbeitslosen schmerzhafte empfinden werden. Geopfert wird nicht bei den Militärausgaben und auch nicht bei der Kongrua, nur die Opfer der Wirtschaftskrise, die ohne ihre Schuld arbeitslos gewordenen Menschen, müssen daran glauben!

Der Minister für soziale Fürsorge hat auf eine Anfrage des Abgeordneten Genossen Schäfer mit dem Hinweis geantwortet, die Regierung habe durch die Herabsetzung der Kohlensteuer und der Transporttarife auf eine halbe Milliarde der staatlichen Einnahmen verzichtet. Das ist ein sonderbares Argument! Die Herabsetzung der Kohlensteuer und der Transporttarife war eine notwendige volkswirtschaftliche Maßnahme, aber daß die dadurch entfallenden Einnahmen zum Teil von den Arbeitslosen heringebracht werden sollen, das ist eine Auffassung, die gerade dem Minister für soziale Fürsorge keine Ehre einlegt. Trotz der Herabsetzung der Kohlensteuer und der Transporttarife wollen die Arbeitslosen doch leben und ihr Dasein ist durch den Verzicht der Regierung auf diese Maßnahme um nichts erhöhtiger geworden. Ein weiteres Argument des Herrn Fürsorgeministers ging dahin, die

Vor der Entscheidung: MacDonald kommt heute nach Paris. Poincarés Absichten.

Paris, 7. Juli. (Havas.) MacDonald kommt morgen um 16 Uhr nach Paris, um mit Herriot zu konferieren.

Die am Nachmittag bekanntgewordene Ankündigung der Ankunft Macdonalds in Paris für morgen 4 Uhr nachmittags hat die Öffentlichkeit überrascht und selbst in politischen Kreisen Aufsehen erregt, da hieraus auf den Ernst der Lage geschlossen wird. Es wurde vielfach die gestrige Intervention des britischen Botschafters beim Ministerpräsidenten und das nachher ausgegebene Kommuniqué heute früh als ein günstiges Zeichen der Entspannung gedeutet, in außenpolitischer Beziehung, so erklärt ein Teil der Presse, sei der Weg nach London für den 16. d. geebnet, da auch von englischer Seite nunmehr in aller Form dargelegt worden ist, daß Frankreich für London freie Hand erhalten hat. Dieser Sachverhalt erscheint aber in anderer Beleuchtung, wenn man das innerpolitische Moment in Erwägung zieht. Ein Teil der Reichspresse hat bis heute noch nicht aufgehört, Herriot wegen der angeblichen Zustimmung zum sogenannten englischen Protokoll anzugreifen. Mehr oder weniger verhilft wird die Unmöglichkeit betont, daß die Geschicke Frankreichs auf der Londoner Konferenz durch Herriot vertreten werden könnten, daher die ausstehenden extremen Forderungen der Opposition: Demission Herriots oder wenigstens Ausschluß der Konferenz, Verlegung nach Brüssel usw. Nicht zu vergessen ist, daß sich die Opposition, repräsentiert durch Poincaré, für die morgige Senatsitzung zu einem entscheidenden Schlag vorbereitet. Nicht weniger als neun Interpellationen zur Außenpolitik sind dem Senatspräsidium vorgelegt worden.

Von englischer Seite andererseits wurde betont, wie sehr es Macdonald daran gelegen sei, alle Schwierigkeiten für die Londoner Konferenz zu beseitigen, damit diese zum festgesetzten Zeitpunkt stattfinden könne. Heute früh fanden nun zwischen Paris und London telefonische Unterredungen statt und ihr Ergebnis war das am Nachmittag ausgegebene Kommuniqué des Duai d'Orson.

Auf hierauf schon verkündete in den Wandelgängen des Senats, daß die Interpellation und die Rede Poincarés angeht die dringenden Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald auf einen späteren Zeitpunkt angelegt werden soll.

Wie aus London gemeldet wird, wird Macdonald auf seiner Pariser Reise von Sir Eric Crewe und zwei oder drei anderen hohen Beamten begleitet sein.

Aus den heute im englischen Unterhause abgegebenen Erklärungen Macdonalds geht hervor, daß Herriot es gewesen ist, der dem englischen Premierminister vorgeschlagen hat, nach Paris zu kommen, und daß Macdonald Mittwoch abends nach England zurückkehren wird, damit er am Donnerstag die nötigen Mitteilungen im Unterhause geben kann. Macdonald fügte seiner Erklärung hinzu: es sei nicht der geringste Anseh für den Sturm, der entstanden ist, und meinte: „Ich werde nicht gestatten, falls ich es verhindern kann, daß irgend ein Wirtschaftskrisen in Großbritannien oder in Frankreich die Hoffnung auf Regelung des französisch-englischen Verhältnisses vernichte, denn das wäre allzu schrecklich.“

Die böswillige Hege der Feinde Herriots.

London, 6. Juli. (M.) Die hiesigen Politiker hoffen zuversichtlich, daß für die Reparationskonferenz (welche am 16. d. M. in London zusammenzutreten soll) aus der ungenauen Reproduktion und aus den übertriebenen Kommentaren zu den Dokumenten, welche die Konferenz betreffen, und

Lage auf dem Arbeitsmarkt stehe unter dem Zeichen einer systematischen Besserung und die Arbeitslosigkeit nehme sukzessive ab. Die Zahl der Arbeitslosen ist sicher zurückgegangen, aber gerade dieser Umstand müßte die Regierung davon abhalten, an den noch vorhandenen Arbeitslosen Ersparungen durch Kürzung der Unterstützungen vorzunehmen. Wenn es auch weniger Arbeitslose gibt, so ist darum das Los der noch immer ohne Arbeit befindlichen Menschen nicht besser, ihre Auslagen, die Kosten ihres Lebensunterhaltes, sind dadurch nicht kleiner geworden. Aus dieser Argumentation des Ministers spricht dieselbe falsche Auffassung wie aus der Bestimmung der neuesten Verordnung über die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, wonach den Arbeitslosen nach neun Monaten überhaup keine Unterstützung mehr gewährt werden soll. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer wird das Elend des von ihr Betroffenen, desto mehr bedarf er der Hilfe. Statt dessen verordnet die Regierung, daß ein solcher armer Mensch, wenn er neun Monate arbeitslos gewesen ist, keinerlei Unterstützung mehr zu bekommen hat. Seine Existenz wird auf das blanke Nichts gestellt, er mag nun sehen, wie er das Kunststück zuwege bringt, ohne jedes Einkommen sein und seiner Familie Leben zu fristen.

Das Bewußtsein des sozialen Unrechtes, das in der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen liegt, wird dadurch verschärft, daß die Besitzenden selbst in den ärgsten Zeiten der Krise nicht gezwungen waren, auch nur auf eine ihrer Annehmlichkeiten und schlaglichen

in einem Teile der französischen Presse veröffentlicht wurden, erste Folgen nicht entstehen. Die festinformierten Kreise betrafen die ganze Kontroverse als absichtlich und böswillig. Die Angaben und die Zifferierung der bezüglichen Dokumente geben nach der Ansicht dieser Kreise keine Grundlage für ein Mißverständnis oder eine Beschwerde bei den Staatsmännern und Regierungen, welche sie direkt be-

Lebensgewohnheiten zu verzichten. Trotz Krise und schlechter Konjunktur war ihre Existenz gesichert, ihr Wohlbehagen ungeschmälert und aus dem Handelsteil der kapitalistischen Zeitungen war zu ersehen, daß Profite, Lantimen und Dividenden noch immer ungeschmälert waren, vielfach sogar sehr wesentliche Steigerungen aufwiesen. Große Massen der Arbeiter mußten feiern oder Feierschichten einlegen, aber die Gewinne vieler Industrieunternehmen und besonders der Banken wurden nicht kleiner. Der Regierung kam nicht einmal der Gedanke, daß es Pflicht dieser Spitze der Nutznießer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wäre, für die armen Opfer dieser Ordnung zu sorgen. Wenn durch Naturgewalten, wie Volkenbrüche oder Hagelschläge, reichen Grundbesitzern Schaden zugesügt wird, so gewähren Staat und Land ausgiebige Subventionen, den Arbeitslosen dagegen, die doch ebenso Opfer einer außerhalb des Bereiches menschlicher Kraft liegenden Macht sind, zeigt sich der kapitalistische Staat hartherzig und gerade sie sucht er sich als Leidensobjekt aus. Es gibt schlechthin keinen Grund, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung rechtfertigen könnte. Sie ist einfach der Ausfluß der Verstandlosigkeit und Einsichtlosigkeit gegenüber dem Elend der Armen und der Ausdruck der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien in der Regierungskoalition vollends das Nest in Händen halten, während den sozialistischen Parteien darinnen die Aufgabe zugewiesen ist, unter dem Deckmantel der Staatsraison alle die Arbeiterschaft schädigenden Maßnahmen dieser Regierung zu decken.

treffen. Nebenbei bemerkt, wurde nicht einmal davon Erwähnung getan, daß die italienische, belgische, japanische oder amerikanische Regierung, denen die Einladung zur Konferenz und der Inhalt der Unterredungen in Chequers mitgeteilt wurde, irgendwie in dem Vertrauen erschüttert worden wären, daß weder Frankreich noch Großbritannien sich etwas zu Schulden kommen ließen. Diese Mächte würden zweifellos sofort und berechtigt protestiert haben, wenn in Chequers irgend ein Antrag gestellt, oder wenn ein Protokoll ausgenommen oder eine Entscheidung über ihre Teilnahme und Mitarbeit getroffen worden wäre. Es ist aber nichts geschehen, was eine freie Diskussion und Entscheidung auf der künftigen Konferenz verhindern würde, und da diese Konferenz eine solche Lebenswichtigkeit für ganz Europa besitzt, kommt hier die aufrichtige Sehnsucht zum Ausdruck, daß die alliierten Staaten gegen alle Behauptungen, die überflüssige und peinliche Episoden hervorzurufen, wie es in der verflochtenen Woche geschah, vereint bleiben.

Das französische Memorandum.

Paris, 7. Juli. Die vorbereitende diplomatische Tätigkeit für die Londoner Konferenz erreichte gestern ihren Höhepunkt. Gleich nach der Rückkehr Herriots nach Paris sprach der englische Botschafter beim Ministerpräsidenten vor und hatte eine längere Unterredung. Der britische Botschafter setzte anläßlich seines Besuchs Herriot in Kenntnis, daß Premierminister Macdonald sich erbietet, selbst allen eingeladenen Mächten mitzuteilen, daß er Herriot niemals an die Gedanken und Punkte binden wollte, die lediglich als für die britische Regierung verbindlich ausgesprochen wurden. Herriot hat diesen Vorschlag zugestimmt.

Der ganze Tag über wurde im Außenministerium an dem Texte des französischen Memorandums, welches den Gehandhabten wahrscheinlich morgen übermittleit werden wird, gearbeitet. Dem „Matin“ zufolge wird es wahrscheinlich nicht veröffentlicht werden. Es sei nicht erforderlich, die bestehenden Divergenzen vor der Öffentlichkeit noch zu unterstreichen, umso mehr, als in Paris die feste Zuversicht besteht, daß diese Divergenzen geglättet und beseitigt werden können. Die gestrige Vorschau des englischen Botschafters wird in diesem Sinne sehr geschätzt. Herriot habe dem englischen Botschafter sichtlich schon gestern die Hauptlinien des französischen Memorandums mitgeteilt.

Die deutsche Volkspartei für Stresemann

und das Sachverständigengutachten.

Frankfurt, 6. Juli. (Wolff.) Der Zentralvorstand der deutschen Volkspartei trat heute hier zu einer von mehreren hundert Vertretern besuchten Tagung zusammen, die von Reichsaussenminister Dr. Stresemann eröffnet wurde. Dr. Stresemann erstattete einen eingehenden Bericht über die innere und äußere Politik, der mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. Zu der Aussprache ergab sich, daß die Partei und die beiden Fraktionen einmütig hinter der Politik des Parteiführers stehen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Der Zentralvorstand billigt die Politik der Reichsregierung, insbesondere die des Außenministers in der Frage des Sachverständigengutachtens. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß das Sachverständigengutachten namentlich nach der in den letzten Monaten eingetretenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse angenommen werden muß.

Ein kommunistischer Arbeitermörder

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) In Saarbrücken wurde der kommunistische Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Reinhard mit drei anderen Kommunisten unter dem Verdacht verhaftet, den Bergarbeiter Wilhelm Raumann aus Saarbrücken in der Nacht zum 29. Juni mit einem Axtstiel erschlagen zu haben. Raumann war ehemals Mitglied der kommunistischen Partei, der er erst vor wenigen Wochen den Rücken gekehrt hat.

Zur Kandidatur La Follettes.

New York, 6. Juli. Die Konferenz der Progressisten in Cleveland hat mit großem Enthusiasmus die Nomination des Senators La Follette als Präsidentschaftskandidaten gutgeheißen...

La Follette hat seinen Entschluß, als unabhängiger Präsidentschaftskandidat am Wahlkampf teilzunehmen, wie wir bereits gemeldet, in einer Kundgebung ausführlich begründet...

der, mit den Bergarbeiterverbänden, den Buchdruckern und den Verbänden der Nahrungsmittelindustrie...

kleinfarmer, die das Gros der landwirtschaftlichen Bevölkerung Nordamerikas präsentieren.

Eine aufrichtige Rede Herriots: Wir müssen suchen, was uns nähert. Die zwei Pflichten der Regierung Frankreichs.

Paris, 6. Juli. (Havas.) In seiner auf dem Bankett des sozialistisch-radikalen Komitees gehaltenen Rede erklärte Ministerpräsident Herriot, die Regierung habe zwei Pflichten zu erfüllen...

Das Unheil des Jahres 1921 lehrt wieder? Alarmierende Meldungen aus Rußland. Hunger und Panik an der Wolga.

Berlin, 30. Juni. Dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ wird aus Riga gemeldet: Rußland steht vor einer neuen Hungerkatastrophe...

den bereits von der Regierung die Maßnahmen zur Begegnung der Katastrophe diskutiert. Die russischen Rote-Arbeiters-Organisationen sind zu einer Konferenz zusammengetreten...

In einem offiziellen, vor kurzem in Moskau erschienenen 800 Seiten widern Bande, das den Titel „Volks- und Staatswirtschaft“ trägt, wird festgestellt, daß Rußland durch den Krieg und die Revolution 4.053.000 und durch den Hunger im Jahre 1921 insgesamt 5.200.000 Menschenleben eingebüßt hat...

„Von der drohenden Hungersnot spricht die gesamte Sowjetpresse. Die offiziellen Berichte besagen, daß die Getreideerträge, die ungläubliche Höhe und der Ausfall von Regen die Ernte in dem größten Teil Rußlands entweder in ungünstigem Sinne beeinträchtigt, oder sie völlig zu vernichten droht.“

ments Persa, Bern, Jekaterinenburg usw. haben unter der Schwelle ungemein gelitten. Die gleiche Gefahr gilt laut offizieller Berichte für die Ukraine, die Krim, für den größten Teil des Kaukasus und für Turkestan.

So steht Rußland vor einer Katastrophe, die die grauenhaftesten Monate des Jahres 1921 wieder ins Gedächtnis zurückrufen wird. Wird Europa, wird Amerika wirklich ruhig mit ansehen, wie Hunderttausende von Menschen zu Grunde gehen?

Hitlers erste vernünftige Tat.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Adolf Hitler ist offiziell von der Führung der nationalsozialistischen Führung zurückgetreten und hat sämtliche von ihm ausgestellten persönlichen Vollmachten zurückgezogen.

Die Blamage des Hermannprozesses.

1000 Goldmark Geldstrafe. Weimar, 7. Juli. (Wolff.) Im Prozeß gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann wurde heute das Urteil gefällt. Minister Hermann wurde wegen falscher Beurkundung zu 1000 Goldmark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die neueste Freiheit der Böllischen.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die vaterländischen Verbände von Halle haben an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangen, daß der 9. November als der schwerste Tag der deutschen Geschichte, an dem „volksfremde“ Verführer in erster Linie gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft...

Die kleine Lotte. (36)

Von Simone Bobbe. Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Coppenrath by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien. Sie hält sich an Armandine. Die schilt sie gutmütig, daß sie so wenig esse. „Sehen Sie — vor allem muß man sich tüchtig sattessen — sonst ist man futsch.“

Boden gesenkt. Man könnte ihn für verschlagen halten. Er ist bloß sehr schüchtern. Der Älteste von neun Kindern. Der Vater, Belgier, Tagelöhner, immer auf der Landstraße; erscheint zu Hause nur, um alles fortzutragen, was es gibt.

Eine große Traurigkeit lastet von neuem bleiern auf Dottens Herzen. Sie hat Lilie sehr gern. Armandine, voll Sorge um die Tochter, scheint sich nicht mehr um ihren Schützling zu kümmern. Sie bereitet nicht mehr das Mittagessen, spart so viel als möglich, um der Kranken Erfrischungen zu bringen, obgleich die Arbeit spärlich ist.

Loriot will ihr gleichzut. Ihre grobe Buldoggensstimme verfuhr sich in höchsten Tönen. Es klingt blödsinnig. Martha wälzt sich vor Lachen. Charlotte kann sich kaum halten. An einem Nachmittag beginnt Madame Loriot: „Hi — hi — hi —“ „Tü — tü — tü — hörst du sie,“ nimmt Armandine auf, als wollte sie die Zimmerdecke durchbohren.

(Fortsetzung folgt.)

Der Skandal von Wöllersdorf.

Die Herrschaft des Kapitalismus, die sich unter der glorreichen christlichsozialen Sanierung ungehemmt entfalten konnte hat Desterreich als notwendige Begleiterscheinung eine Anzahl von Skandalen gebracht. Neben dem Bankskandal ist es namentlich der Skandal von Wöllersdorf, der so recht eine Frucht des Kapitalismus ist. Zwar liegen die Anfänge dieses Skandals weiter zurück, aber das jetzige Ausmaß hat er in der Sanierungsära gewonnen und auch seine Entstehung fällt in die Zeit, da nach dem Wahlsieg der Christlichsozialen vom Oktober 1920 kapitalistischer Geist in die Regierung einzog und vor allem durchsetzte, daß mit den „Sozialisierungsexperimenten“ ein Ende gemacht werde. Kaum sahen die Christlichsozialen fest im Sattel, als die Kapitalisten alle Mienen springen ließen, um alle die Betriebe, die die Republik aus dem Besitz der Kriegsverwaltung übernommen hatte, vor der Sozialisierung zu retten und sie der kapitalistischen Bewirtschaftung zuzuführen.

Unter diesen Betrieben waren ein Arsenal in Wien und die Werke in Wöllersdorf die größten, also für die Kapitalisten begehrtesten. In diesen beiden Betrieben hatte der Militarismus im Krieg Zehntausende Arbeiter — im Arsenal 15.000, in Wöllersdorf 46.000 Arbeiter — mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt. Nicht als freie Arbeiter waren sie hier zusammengeströmt, und sie wurden unter der Fuchtel des Kriegsleistungsgesetzes mit militärischer Disziplin und militärischen Strafen von militärischen Leitern nach militärischer Art zur Sklavensarbeit gezwungen. Als mit dem Militarismus auch seine Nachmittel zusammenbrachen, konnte er seine Sklaven nicht mehr zusammenhalten. Nicht nur Zehntausende von den gepeinigten Proletariern der Kriegsbetriebe ließen die Arbeit stehen und eilten in die Heimat, sondern noch rascher flohen die Antreiber, die die Rache der gepeinigten Sklaven fürchteten. Leer und verlassen standen plötzlich die gewaltigen Anlagen da, herrenlos und jedem Blünder preisgegeben die wertvollen Maschinen und Vorräte. Da entschlossen sich die Vertrauensmänner alles daranzusetzen, um der Republik dieses ungeheure Vermögen zu retten. Es gelang ihnen, einige Tausend verlässliche Genossen in der Betriebszentrale festzuhalten und eine Arbeiterwehr zu errichten, die die Anlagen zu betreten hatte. Ja noch mehr: aus eigener Initiative vermochten sie auch den Betrieb wieder in Gang zu bringen und die Umstellung auf die Friedensproduktion durchzuführen. Sie mußten die unfähige Leitung wegschicken und sich selbst erst eine technische und kommerzielle Leitung einsehen. Ja sie mußten sich selbst erst die Maschinen bauen, die zum Friedensbetrieb notwendig waren. Selbstverständlich konnten sie die Schwierigkeiten, die sich da zum Teil von selbst ergaben, zum Teil von der Bürokratie ihnen in den Weg gelegt wurden, mit schwerer Mühe bewältigen. Weigerte sich doch das Privatkapital, ihnen die nötigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Es war offenkundig, daß das Privatkapital es darauf abgesehen hatte, die Betriebe zugrunde zu richten, um sie dann billig zu ersteigern. Jedenfalls wollte es verhindern, daß hier eine sozialistische Wirtschaft entstehe und die Organisationen der Industriellen tiefen sogar die Reparationskommission an, um die von den Sozialdemokraten verlangte Umwandlung dieser Betriebe in gemeinwirtschaftliche Anstalten zu verhindern. Als die Christlichsozialen zur Herrschaft kamen, schenken sie allen diesen Wünschen des Kapitals bereitwillig Gehör. Immerhin gelang es den Arbeitern mit Hilfe der Sozialdemokratie noch anfangs 1921 das Arsenal in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt umzuwandeln. Auch für Wöllersdorf hatten die Sozialdemokraten vorgeschlagen, die einzelnen Industriebetriebe, die dort untergebracht waren, in gemeinwirtschaftliche Anstalten zu verwandeln. Aber die bürgerliche Mehrheit beschloß auf Vorschlag

der Regierung, die Wöllersdorfer Werke an das Privatkapital zu verschachern. Welches der Erfolg davon war, sieht man jetzt. Die Kapitalisten hatten es von allem Anfang an nicht so sehr darauf abgesehen, die Betriebe in Gang zu bringen, und ihnen die nötigen Kapitalien zur Verfügung zu stellen, als vielmehr darauf, die ungeheuren Vorräte zu plündern. Nach mannigfachen Streiftätigkeiten unter den verschiedenen Kapitalistengruppen wurde Wöllersdorf zuerst an die Berliner Aktien-Elektrizitätsgesellschaft verpachtet. Aber diese mußte bald weichen, da sie das riesige Werk nicht zu beleben vermochte und die Arbeiter dem Versuch, die Vorräte zu verschleudern, Widerstand leisteten. Nun wurde das Werk wieder an eine deutsche Gesellschaft, die Firma Elkarz, verpachtet und diesmal suchte sich die Regierung nicht gegen die Uebergriffe der Firma, sondern gegen die Arbeiter zu schützen, indem sie der Firma förmlich freie Hand gab. Vergebens versuchten die Sozialdemokraten, gestützt auf die Erfahrungen mit der ersten Verpachtung, das Vermögen des Staates zu retten. Die Regierung, die schon damals den Sanierungswahn hatte, verriess darauf, daß das Werk ein Defizit von fünfzehn Milliarden habe und Dr. Seipel, der damals eben die Regierung angetreten hatte, bezeichnete die Abstoßung dieses Defizites als eine Art Sanierung. Jetzt zeigt sich, wie viel auch diese Sanierung dem Staat gekostet hat. Wenn auch noch nicht volle Klärheit über den Wöllersdorfer Skandal besteht, so ist doch seit jetzt schon sicher, daß mindestens um hundert Milliarden Werte verschleppt wurden.

Wenn das Verschulden daran trifft, ist allerdings noch nicht genau festgestellt, weil die Teilnehmer an dem Konfottium, dem Wöllersdorf verpachtet wurde, einander beschuldigen. Außerdem aber beschuldigen sie auch noch die mit der Ueberwachung betrauten Staatsfunktionäre der Annahme von Provisionen und der Erpressung von Lantimen. Was alles an diesen Beschuldigungen wahr ist, wird die Untersuchung ergeben. Aber was schon jetzt bekannt ist, beweist schon gerade genug an Korruption. Diese Korruption begann schon bei der Abschließung des Vertrages. Die Aktiengesellschaft, die damals gegründet wurde, hatte ein Aktienkapital von einer Milliarde Kronen. Der Wert von Wöllersdorf — an unbeweglichen Anlagen, 6000 Maschinen und Vorräten — betrug mindestens hundert Milliarden, so daß die Gesellschaft die Riesentwerte geradezu umsonst erhielt. An der Aktiengesellschaft war nur der Bund mit 33 Prozent, die Elkarz-Gruppe mit 45, die Wiener Firma Alder mit 22 Prozent beteiligt. Aber der Einfluß des Bundes wurde vor allem dadurch ausgeschaltet, daß die beiden Privatfirmen mit einander einen Vertrag schlossen, der die Firma Elkarz allmächtig machte, dann aber dadurch, daß die Aktiengesellschaft den Betrieb nicht selbst führte, sondern die Anlagen an eine Reihe von ihr gegründete Tochtergesellschaften weiter verpachtete. In diesen Gesellschaften war sie öffentlich nur mit 10 Prozent beteiligt, so daß der Einfluß des Bundes nur 3 Prozent betrug, also faktisch ausgeschaltet war, während die privaten Gruppen mit ihnen in besonderen Beziehungen waren. In diese Tochtergesellschaften wurden nun die Maschinen und Vorräte weit unter ihrem Wert verkauft, so einer Firma Vorräte, deren Wert die Gesellschaft selbst mit acht Milliarden angibt, um 2,6 Milliarden, einer anderen Maschinen im Werte von 20 Milliarden um 5 1/2 Milliarden. Die Staatsfunktionäre sollen nun in der Weise gewonnen worden sein, daß man sie zugleich als Funktionäre der Aktiengesellschaft mit hohen Lantimen in die Tochtergesellschaften entsendete.

Die Folge dieser Wirtschaft war, daß der Betrieb vor der Einstellung steht und 1500 Arbeiter von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Während der Wöllersdorfer Betrieb, der an eine kapitalistische Gruppe verpachtet wurde, vor dem Zusammenbruch steht, ist der gemein-

wirtschaftliche Betrieb im Arsenal in voller Blüte. Er hat nicht nur die Industriefabrik ohne jede Störung überlebt, sondern wirft auch noch einen Reingewinn ab und dehnt sich von Jahr zu Jahr mehr aus. Dasselbe gilt aber auch von den anderen gemeinwirtschaftlichen Betrieben, von denen das amtliche „Oesterreichische Jahrbuch“ selbst feststellen muß, daß die „Oesterreichische Gemeinwirtschaft“

auf ein Jahr erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken kann“.

So ist der Wöllersdorfer Skandal zugleich die beste Widerlegung der Angriffe der bürgerlichen Parteien auf die Sozialisierung. Während die sozialisierten Betriebe dank dem Idealismus der Arbeiter blühen und gedeihen, geht der dem Kapital ausgelieferte Betrieb in Schmutz und Unmoral zugrunde.

Blutiger Spatenkreuzerüberfall in Klosterneuburg.

11 Verletzte. — 54 Spatenkreuzer dem Gericht übergeben.

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht.) Der Spatenkreuzerüberfall in Klosterneuburg war wohl vorbereitet. Ausflügler erzählen, daß sie in der Klosterneuburger Au auf spatenkreuzerliche Patrouillen stießen, welche sie anständigen und von ihnen verlangten, daß sie das Parteiabzeichen abnehmen. Als sich die Genossen weigerten, wurde ihnen zugerufen, sie werden es heute noch gerne herunter nehmen, denn heute werden sie noch etwas sehen. Die Spatenkreuzer waren mit Tournistern, Aufsätzen, Bajonetten, Stahltonschlägern, eisenbeschlagenen Knütteln, Dolchen und Schaufeln ausgerüstet. Außerdem trugen sie Spatenkreuzerarmbänder, in deren Mitte der Buchstabe „N“ war, was offenbar das Zeichen der Gruppe Hofbach ist. Als sie beim Turnersplatz anlangen, eilte ein Genosse vom republikanischen Schutzbund zu ihnen und forderte den Kommandanten auf, die Spatenkreuzerfahne einzuzuziehen und weiterzugehen. Darauf erhielt er die Antwort: „Wir werden machen, was wir wollen.“ Wütlich blinkte ein Bajonett auf, einige Arbeiter eilten zu dem Spatenkreuzer, um ihm die Waffe zu entreißen, da blinkte ein zweites Bajonett auf

und gleichzeitig krachte der erste Schuß, dem sofort sechs bis acht Schüsse folgten. Der Menge, in der etwa 400 Kinder und zahlreiche Frauen waren, bemächtigte sich eine große Panik. Die Arbeiter drängten gegen die Spatenkreuzer, diese ergriffen die Flucht und gaben während des Laufens zahllose Schüsse ab. Ein Teil von den Spatenkreuzern überdeckte den Bahndamm und eröffnete von dort ein Revolverfeuer gegen die Menge. Während dieser Zeit waren auch zahlreiche Wadegäste aus dem Klosterneuburger Bad vorbeigekommen, die von den Revolvergeschüssen auf das äußerste gefährdet wurden und es wurden auch einige von ihnen verwundet. Durch Dolchschläge, Revolvergeschüsse, Spatenhiebe und Knüttelhiebe wurden insgesamt elf Personen verletzt, darunter einige schwer. Ein Teil der Spatenkreuzer flüchtete in die Pionierkaserne, diese wurde von den Arbeitern belagert. Die Spatenkreuzer wurden dort aber von Gendarmen und Militär entwaffnet und 54 von ihnen wurden heute morgens auf Lastautos nach Wien in das Landesgericht gebracht.

Aus der „großen“ Zeit.



Ein Opfer der deutschnational-christlichsozialen Siegfriedenpolitik.

Zur Blauer Kulturwoche.

In Wien sind eben eine „Kulturwoche“ statt, einer der vielen „volksbildnerischen“ Veranstaltungen, mit denen das deutsche Bürgertum gerade jetzt wieder den Arbeitern die Augen auszuwischen versucht. Im Nachfolgenden bringen wir treffende, streiflichtartige Bemerkungen, mit denen ein Blauer Genosse das Wesen dieser „Kultur“ Wochen und „Kultur“-Bestrebungen und ihrer Nachher zu kennzeichnen versucht.

Die Wahl der Firma „Kulturwoche“ zeugt von dem Geschick der Veranstalter. Ein jeder kommt in der Großstadt die Lokale mit harmloser Fassade, welche nur den Eingeweihten die Mythen der Spielzimmer des Hintertraktes enthüllen. Gibt es doch kaum ein Wort von einer solchen Zugkraft wie „Kultur“. Die Meister reden von ihr als Außenleiter wie Bediente von den Schönen und Reichthümern ihrer Herrschaft und alle Unbefangenen schnappen programmgemäß nach den Redern, dem ihnen eine routinierte Rege hinwirft. Nun hat jeder einmal Gelegenheit, auch in Kultur zu machen und von dem Glanze dieses Popanzes fällt ein Schimmer auch auf die Nebenarrangements. Die ihren Rat oder ihr mimisches Talent oder auch nur ihre Scheune in den Dienst der edlen Sache stellen. Und dieselbe läßt sich auch die Behörde durch dieses Wort einbilden rühren, um den Verdacht der Kulturfeindschaft zu vermeiden. „Wer für uns geschlagen die Schlacht.“ — „Was an

der Moldau die deutsche Fahne weht.“ — „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.“ — So hallt es durch die Gassen. Ja was ist das? Und andern Tags wieder. Das ist ein grober Schmeißer, meine Herren Veranstalter. Im Vorderlokal muß es harmlos zugehen, wer vom Kasard spricht, gefährdet das ganze Unternehmen. Mit einem Schlag bekommen den Hirnen Seyfied u. der Teil und der Gehier eine aktuelle lokale Bedeutung. Daß Teil ein Meisterwerk ist, war hier auch ohne sachmännische Aufklärung von dieser Seite bekannt, auch daß Schiller bei seiner Dichtung nicht unsere Verhältnisse im Auge hatte. Was es hier zu zeigen gilt, ist der Kampf gegen ein Schufal und der Sieg.

Die Aufmachung verrät Verständnis für die Kraft militärischer Formalitäten. Nebenamt (ein sprachliches Unikum), mehr oder weniger entblöhte Gliedmaßen (übrigens eine glänzende Propaganda für den Frauenstrumpf), militärische und ähnliche zereimonienhafte Formen, die an den alten stupiden Bierkonnen mahnen.

Jugend soll Ideale pflegen, daraus aber kein Theater machen, und soll die Alten schön fern halten, die sich einbilden, geachtet zu sein, und die ihr ohnehin in jeden Quart hineinpuschen. Im übrigen herrscht auch hier die Mode, und wer des deutschen Spielers Traum von der Veteranenbluse kennt, wird der Jugend das bishigen Vereinsweierei nicht verargen. O tempora, o mores. Früher ließen sich die Jungen von der Polizei abschreiben, heute werden sie vom Bürgermeister mit warm auch gedrangter Anfrönde empfangen. Warum man auch einen Wahlk-

Bortrag verschreibt, verstehe ich nicht, da wir im Ort einen Schriftsteller gleichen Kalibers besitzen und bedauere es, da ich davon eine Verbreitung dieser Art Literatur befürchte. Nichts ist löblicher als ein Kampf gegen den Alkohol, aber dafür trüfelt man auch ein noch viel gefährlicheres Gift ein, den Rassebäufel. Was, glaubt ihr, hat größere Grauel angerichtet, der Schnaps oder die Rasseverhetzung? Bildet euch nichts darauf ein, Deutsche zu sein; einmal könnt ihr nichts dafür, und schließlich hat auch der Kasser Nationalstolz. Wenn ihr von Schlagen und Siegen singt, dann bedenkt, daß es auch Besiegte geben muß. „Frankreich schlagen“ und die „deutsche Fahne an der Moldau“ (so beiläufig) sind einmal eine lächerliche Grohnmäuererei und dabei urdamen, denn jede Strophe eurer Heflieder bekommen eure Volksgenossen am eigenen Leibe zu spüren, wie ja auch Deutschland die von den Reaktionären eingeschlagenen Scholden der Alliierten teuer bezahlen muß. Glaubte ja nicht an die Belange und Hochziele, von denen man euch faltet, glaubt nicht an die Auserwähltheit des deutschen Volkes; dieses zählt große Denker, Gelehrte, Kaufleute und Techniker, bewies aber in politisch eine irrefühliche Unfähigkeit, indem es nur an Dvidenden dachte und die Verantwortung für seine Gefährde einer arroganten Clique profziger Generale und Diplomaten überließ. Heute gelten zur Abschließung die Varianten einer berühmten Phrasen: Wer hält die Wacht am Rhein? Uns Deutsche fürchtet Gott, sonst aber... Und „an deutschem Wesen wird die Welt genesen“ hat sich insofern bewahrheitet, als ein jeder Deutsche im Reich ein Biertel seines Tageswertes im Dienst der Sieger

verrichtet. Bedenkt, daß überall in der Welt draußen edle Männer am Werke sind, das Dogma von der Notwendigkeit des Krieges zu widerlegen und die Wunden der Menschheit nicht durch Revanche, sondern durch eine aufrichtige Völkerveröhnung zu heilen. Werdet tüchtig, aber nur zu euerem Glück und im Dienste der Menschlichkeit. Anlässlich einer Elementar Katastrophe habt ihr eine Hilfsbereitschaft bewiesen, die, weil sie ihren Lohn in sich trägt, weder des Gratiaswassers noch einer Geldsammlung bedurfte. Erträchtigt euch also, aber nicht zum künftigen Kanonenfutter. Gütet euch vor den Drahtziehern, wen immer ihr unter ihnen sehen möget, die bewußt eure Stokkraft von ihrem eigentlichen Ziele ablenken wollen. Ihr habt bei uns oft Gelegenheit, in den Autos die Klasse zu beobachten, die sich in den Kurorten amüsiert. Ihr wißt aus Erfahrung, daß man bei Wasser, Salz und Kartoffeln eine Weile bestehen kann, nicht aber auf die Dauer, und an diesem Experiment sind während der „eisernen Zeit“ der man euch wieder zuführen will, ungezählte Proletariatkinder zugrunde gegangen. Die in den Autos aber, die euch den Staub auf der Landstraße ins Gesicht schleudern, die in den hellstrahlenden Hotels „sich erholen“, während ihr in Scheunen nächtigt, die verstehen einander und vertragen sich über den Erdkreis hin und lächeln über euch, daß ihre Rassenideale predigt und ihnen so die Sorge um ihren Geldsack erleichtert. „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.“

Letzte Nachrichten:

MacDonaldis Erklärung.

London, 7. Juli. Im Unterhaus erklärte Macdonald, daß die Angriffe, die gegen die britische Regierung gerichtet worden seien, weil sie angeblich versucht habe, die Reparationskommission auszuschalten, ungerechtfertigt seien. Die Regierung habe sich im Augenblick nicht mit dem Versailler Vertrage, sondern mit dem Sachverständigen Gutachten zu befassen, das Deutschland eine Reihe von Pflichten auferlegt, die außerhalb des Versailler Vertrages stehen. Er hoffe, daß im Falle der Erzielung eines Nebereinkommens über das Sachverständigen Gutachten dieses Nebereinkommen durch ein zweites zwischen den Alliierten ergänzt werden könnte, damit die Alliierten, falls Deutschland nach der Annahme des Gutachtens gegen dieses abfällig verstoßen würde, zu einander stehen, um Deutschland verantwortlich zu machen. Aber wer wird entscheiden, ob Deutschland abfällig gegen das Gutachten verstoßen hat? Das Nebereinkommen würde wohl ein Zusatz, aber kein Ersatz des Versailler Vertrages sein. Die Konferenz vom 16. Juli hätte den besonderen Zweck, festzulegen, wie der Dawesbericht verwirklicht werden könne. Wir brauchen ein Nebereinkommen, das in gehöriger Form abgeschlossen, unterzeichnet, gesiegelt und zugestellt wird, damit der Dawesbericht mit allen seinen Schwierigkeiten verwirklicht werden kann. Um das zu erreichen, brauchen wir die deutsche Unterschrift und um diese zu erlangen, müssen wir den deutschen Vertreter irgendwo empfangen, damit er seinen Namen unter das Dokument setzen könne. Wir sollten versuchen, in Zukunft von Deutschland etwas mehr als lediglich eine legale Urkunde zu erlangen. Die Zeit ist für uns gekommen, um von Deutschland eine Urkunde, eine Unterschrift und eine Verpflichtung zu erlangen, die wirklich eine moralische Verpflichtung auferlegt, und nicht nur durch den Zwang, eine Unterschrift zu leisten. Daher ist der Wunsch geäußert worden, daß wir, wenn die Zeit gekommen ist, in der Lage sind, mit einer deutschen Delegation zu unterhandeln.

Macdonald gab weiter bekannt, daß er vom belgischen Außenminister damit betraut ist, zu erklären, daß dieser nicht begreifen könne, weshalb dies ganze Mißverständnis entstanden ist. Ebenso hat auch Mussolini durch Vermittlung des italienischen Botschafters Macdonald entbieten, daß er sehr verwundert sei über die Art und Weise, wie sein Dokument benutzt wurde, und daß er in jeder Richtung seine Hilfe anbiete. Der japanische Botschafter erklärte, daß das Dokument nichts enthalte, was falsch ausgelegt werden konnte. Es enthalte keine geheime Diplomatie und keine Verpflichtungen. Beide Ministerpräsidenten, der englische und der französische, haben den Versuch gemacht, sich gegenseitig zu verstehen und über die vorläufigen Hindernisse hinauszukommen.

Auf eine Aufforderung Austen Chamberlains erkundete Premierminister Macdonald seine Zustimmung zu der Veröffentlichung des Dokuments, das das Mißverständnis zwischen Frankreich und England hervorgerufen hat.

Auf eine Anfrage des liberalen Unterhausmitgliedes O'Neill teilte Macdonald mit, daß die Gesamtstärke des französischen Besatzungsheeres im Ruhrgebiet am 1. Juni d. J. seines Wissens auf 536 Offiziere und 15.290 Mann gegenüber 1539 Offiziere und 49.706 Mann im Juli des vorigen Jahres beläuft. Nach den ihm vorliegenden Berichten enthalte die französische Ruhrarmee keine farbigen Einheiten.

London, 7. Juli. Macdonald teilte im Unterhaus mit, man dürfe hoffen, daß auf der bevorstehenden, für den 16. Juni anberaumten Konferenz folgende Staaten vertreten sein werden:

Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Jugoslawien, Griechenland, Portugal und Rumänien. Der amerikanische Botschafter in London werde ebenfalls an der Konferenz teilnehmen.

Auf weitere Anfragen von Parlamentenmitgliedern über die Teilnahme der Dominions erklärte Macdonald, er könne diese Anfragen nicht beantworten, bevor er nicht eine Konferenz mit den Dominions gehabt habe.

Auf eine Anfrage des Parlamentenmitgliedes O'Neill, ob das in den letzten Tagen zwischen Frankreich und England entstandene Mißverständnis nunmehr als geklärt anzusehen sei, erwiderte Macdonald, daß nur diejenigen Rationen zur Konferenz zugezogen werden sollen, die unmittelbar an den Reparationszahlungen interessiert seien.

Ferner teilte Macdonald mit, daß die Regierung sich gegen die Unterentwicklung des Aermelkanals entschieden habe.

Der Liberale Spears fragte an, was an der Behauptung betreffend die Mitteilung des britischen Memorandums an die Regierungen Italiens, Japans, der Vereinigten Staaten, Belgiens und Deutschlands wahr sei und warum

die Deutschfrist nicht auch der französischen Regierung zugegangen sei. Macdonald erwiderte, die Mitteilung, die den Regierungen von Belgien, Italien, Japan und der Vereinigten Staaten gemacht worden sei, sei nur eine Wiederholung der britischen Vorschläge, die bereits mit Herriot und den belgischen Ministern eingehend erörtert worden seien. An Deutschland sei jedoch weder von der britischen Regierung noch in deren Namen eine Mitteilung gemacht worden.

Poincarés Pläne verneint.

Paris, 7. Juli. (Habas.) Am Dusi d'Orsay fand heute abends eine neue Konferenz unter dem Vorherrschaften Herriot's statt. Es nahmen daran dieselben Persönlichkeiten teil, wie am Samstag. Es wurde die Reduktion der Note beendet, in der der Standpunkt der französischen Regierung über die Probleme der Londoner Konferenz formuliert wird. Die Note wird morgen dem Ministerrat vorgelegt werden.

Die Debatte, die morgen im Senat hätte stattfinden sollen, wurde auf Donnerstag vertagt.

Die polnische Sanierung.

(Von unserem Berichterstatter.)

Die Auswirkungen der kapitalistischen Sanierung machen sich nun auch in Polen in geradezu erschreckender Weise bemerkbar. Das Kapital ist überall zum Angriff übergegangen. Die Textilarbeiter in Lodz, 70.000 an der Zahl, sind brotlos. Die Heiliger Arbeiter haben nach einem siebenwöchentlichen Streik nachgeben müssen. Die Arbeit wird wieder eingeführt. Lohnabzüge werden gemacht. Die oberösterreichischen Großindustriellen haben die Arbeiter zum 11. Juli gekündigt; wer von den Bergarbeitern sich nicht verpflichtet, acht volle Stunden und effektiv am Ort zu arbeiten, ist entlassen. Oberlags dauert die Arbeitszeit zehn Stunden. Dazu eine ungefähr 30prozentige Lohnreduktion. So schaut die Sanierung auf der Seite der Arbeiter aus. Dahingegen feiert das Kapital Triumphe und Orgien. Die Mietzinsen werden „gesetzlich“ jedes Vierteljahr erhöht. Wohnungen trotzdem nicht gebaut. Die Wohnungsnot in den Industriegebieten ist geradezu katastrophal. All das wird von den verschiedenen Wucherern in schamlosester Weise ausgebeutet. Die Regierung saniert weiter. Die indirekten Abgaben und Steuern wachsen täglich. Die angeländigte Herabsetzung der Einfuhrzölle ist bisher ein Versprechen geblieben. Die Sanierung Polens ist ein Ding der Unmöglichkeit, insoweit nicht die Besiegenden in entsprechender Weise zur Vermögensabgabe herangezogen werden und dann ist sie fraglich, solange die Ausgaben für den Militarismus und einen überflüssigen Beamtenapparat ins Unermessliche steigen. Bei der Budgetdebatte hat niemand die falschen Ziffern des Kriegsministers richtiggestellt, hat niemand erwähnt, daß die Riesenentleerung im Ausland zum allergrößten Teil für Militärausgaben aufgenommen worden sind und daß die Zinsen für diese Ausgaben direkte Abgaben für den Militarismus sind. Innerhalb der Arbeiterschaft ist eine große Unruhe. Man darf nicht vergessen, daß der Warschauer Sejm seine auswärtige und innere Politik auch für Gebiete macht, die, wie die beiden Schlessen und Teile Polens, zu drei Vierteln industrielle Bevölkerung haben. Dieser Gegensatz zwischen einer Industrie- und Agrarpolitik wird noch verschärft durch die nationale Frage und durch die brutale Stellungnahme der polnischen Regierung zu dieser. Nicht die Notierung des Flots in Zürich ist das Merkmal für die ökonomische Situation in Polen. Die Wirkungen der ökonomischen Krise und der ärgsten Klassenpolitik der polnischen Regierung werden noch verschärft durch die chauvinistischen und diktatorischen Maßnahmen auf polnischen Gebieten. Bei der Budgetdebatte belam man Unglaubliches zu hören. Die Hälfte der Ausgaben des Ministeriums des Innern werden für die Polizei, zu der jetzt auch die frühere Defensivpolizei, in Rechnung gestellt. Man kann sich vorstellen, welchen Umfang dieses Ressort angenommen haben muß. Der Unterrichtsminister glaubt durch Einschränkung der Schulen der Sanierung beizutragen zu müssen. So hat der Wojwode in Krakau über Auftrag des Unterrichtsministers einen Erlaß herausgegeben, durch welchen in den Mittelschulen nur soviel neue Schüler in den ersten Klassen aufgenommen werden dürfen, wieviel in der höchsten abgehen. Gleichzeitig wird die Neueinstellung von Parallelklassen verboten. Unter den sich meldenden Schülern haben die Kinder von Staatsbeamten und Offizieren den unbedingten Vorzug, so daß Arbeiterkinder und zum größten Teil die der Minderheiten von vornherein vom Besuche einer Mittelschule ausgeschlossen erscheinen. Die ökonomische und politische Reaktion kann wohl deutlicher nicht gebrandmarkt werden. Es sind trübe Tage, denen das Proletariat aller Nationen in Polen entgegengeht.

Debitenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 2.08.02
Berlin 100	Schweiz. Franz 16.40.00
Paris 1	Mark 122.700.000.000.00
Wien 1	Sterk. Kronen 2.088.00

Tages-Neuigkeiten.

Vom Schichtfeld der Arbeit.

Gräßlicher Betriebsunfall in Seiffennersdorf.

Am letzten Freitag wurde in Seiffennersdorf bei Zittau, der bei der Schuhfabrik der Firma Mehlisch beschäftigte 60 Jahre alte Arbeiter Gustav Deutscher von einer Transmissionswelle erfaßt und mit ungeheurer Wucht herumgeschleudert. Dabei schlug der Mann auf die eisernen Gitterstäbe des Fensters auf, wobei ihm beide Köpfe bei den Knöcheln abgerissen wurden. Der rechte Fuß flog ein Stück fort, während der linke noch mit der Haut am Körper des Unglücklichen, dem auch der rechte Arm bis über den Ellbogen gräßlich zermalmt wurde, hing. Die Welle ist ihrem Opfer noch sämtliche Kleider vom Leibe, das sodann nach von der Decke auf den Boden stürzte und sich durch den Sturz noch Rippenbrüche und innere Verletzungen zuzog. Das alles war das Werk eines Augenblicks. Den zur Hilfeleistung herbeigeeilten Arbeitskollegen bot der verstümmelte, nackte Körper einen gräßlichen Anblick. Der Unglückliche war bei voller Besinnung und sein Flehen, ihn von seiner Qual zu erlösen, war herzzerreißend. Sein eigener Sohn, der ihm selbst Betriebe arbeitet, brachte ihm die erste Hilfe. Deutscher wurde dem Zittauer Spital übergeben, wo er kurz nach seiner Einlieferung seinen Verletzungen erlegen ist.

Massenmörder Haarman.

Bis jetzt 22 Morde sicher gestellt.

Berlin, 6. Juli. Wie die Blätter aus Hannover melden, sind auf Grund von gefundenen Kleidungsstücken, die von den Angehörigen der Ermordeten agnosziert wurden, bisher ungefähr 22 Opfer des Massenmörders Haarman festgestellt worden. Den letzten Mord hat Haarman acht Tage vor seiner Verhaftung verübt.

Die italienisch-jugoslawischen Zwischenfälle.

Belgrad, 6. Juli. Gestern nach 8 Uhr abends wurde folgendes amtlich verlautbart: Der hiesige italienische Geschäftsträger Sola besuchte heute abends den Außenminister Rindis, um ihm namens des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini über den blutigen Zwischenfall vom 2. ds. bei Bobrodo das aufrichtige Bedauern auszudrücken. Bei dieser Gelegenheit verständigte der italienische Geschäftsträger den Außenminister Rindis, daß eine italienische Kommission, welche sich an Ort und Stelle begab, feststellte, daß sich dieser Zwischenfall auf italienischem Boden und zwar 700 Meter von der Grenzlinie entfernt zugetragen hat und daß ein jugoslawischer Finanzwächter auf der Stelle tot liegen blieb, ein zweiter noch über die Grenze kommen konnte, wo er wahrscheinlich gestorben ist. Die Kommission konnte aber die Leiche des Getöteten nicht mehr finden, weil sie von Unbekannten weggetragen wurde. Schließlich verständigte Sola den Außenminister Rindis, daß Ministerpräsident Mussolini die strengsten Maßnahmen anordnet habe, um für die Zukunft solche Zwischenfälle unmöglich zu machen.

Verluchter Anschlag

gegen die Lemberger Munitionsmagazine.

Lemberg, 7. Juli. Blättermeldungen zufolge wurde gestern ein gegen die Munitionsmagazine in Lemberg in der Lemberger Vorstadt Janow geplantes Attentat vereitelt. Ein Arbeiter der Munitionsmagazine, ein demobilisierter Wachtmeister der polnischen Armee, legte nämlich unter das Gebäude der Munitionsmagazine, in welchem sich über 200 Waggons Artilleriegeschosse und Dynamit befanden, eine Höllenmaschine, deren Uhrzeiger auf 4 Uhr nachmittags gestellt waren. Die verbrecherische Manipulation wurde von einem zweiten Arbeiter der Munitionsmagazine zufällig beobachtet, der sofort die Lemberger Polizeidirektion verständigte. Der Attentäter wurde verhaftet und bekannte sich sodann in der Polizeivernehmung zu der Absicht, die Munitionsmagazine in die Luft zu sprengen. Im Verlaufe der Erhebungen nannte der festgenommene den Namen eines ukrainischen Eisenbahnfunktionärs, der dem Attentäter selbst das Explosionsmaterial zur Verfügung gestellt hatte. Im Zusammenhange mit dieser Affaire, die in hiesigen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt, wurden drei weitere verdächtige Personen verhaftet und der Polizei übergeben.

Aus dem Staatshaushalt. Wie „Tribuna“ meldet, weist das staatliche Endergebnis für das Jahr 1921 Einnahmen in der Höhe von 21 Milliarden, Ausgaben in der Höhe von 18 Milliarden aus so daß sich ein Ueberschuß von drei Milliarden ergibt. Das Investitionsbudget war im Finanzgesetz mit 3.1 Milliarden präliminiert, tatsächlich wurden nur 1.5 Milliarden verbraucht. Das günstige Ergebnis der ordentlichen Budgets ist hauptsächlich durch den großen Ertrag der Steuern bedingt, denn es herrschte da eine gute wirtschaftliche Konjunktur; besonders die Kohlensteuer ergab ein hohes Erträgnis und sie überstieg die mit 1.5 Milliarden präliminierte Ziffer. Auch die Etatsrechnungen für die Jahre 1922 und 1923 nähern sich ihrem Abschluß. Das Ergebnis für das Jahr 1922 ist sehr günstig, besser als das Präliminar: es basiert auf der guten

wirtschaftlichen Konjunktur. Das Jahr 1923 sei bereits milderer, die tatsächlichen Ziffern seien aber besser als die im Budget; eine große Rolle spiele der Kohlenarbeiterstreik, der einen bedeutenden Abgang an der Kohlensteuer verursacht hat.

Anhebung von Kofainhöhlen in Prag. Nach den Meldungen tschechischer Blätter ist der Prager Polizei Ende der letzten Woche ein ausgiebiger Fang von Kofainisten gelungen. Der Polizei war zu Ehren gekommen, daß in der Wohnung einer bekannten Prager Familie in der Inselgasse ein geschlossener Zirkel, genannt „Beim Papek“ (U Repiska) abgehalten wurde, wo es zu großen Kofainorgien zu kommen pflegte. Am frühen Morgen drangen Diebstahler in die Wohnung ein und fanden das Kofain noch offen auf dem Tisch liegen. Die Teilnehmer, zu denen auch Mädchen gehören, waren bereits dem Gift verfallen. Unmittelbar nach dieser Razzia wurde eine Hausdurchsuchung in der Wohnung eines Großgrundbesizers in der Kornelitergasse und eine zweite in der Wohnung eines Prager Bürgers in der Neustadt durchgeführt. Die Teilnehmer des Cercles „beim Papek“ sagten Einzelheiten über die dort veranstalteten Vergügungen aus, die geradezu haarsträubend sind. Ähnliche Cercles werden auch in Provinzstädten veranstaltet, vornehmlich in einer größeren Stadt Mährens, die „Kor. Vist“, die diese Einzelheiten bringen, erklären, daß sie vorläufig nicht mehr mitteilen können, damit die sehr schwierigen behördlichen Nachforschungen nicht erschwert werden.

Nach dem Vorbilde Hofschaters. Am 30. Juni wurden beim Postamt in Zittau zwei Sendungen, und zwar eine Rutsche für den Bauer Johann Kordinal sen. und ein zweites für Johann Kordinal jun., beide in Limberg bei Politz, abgesetzt. Diese Sendungen wurden am 1. den Adressaten eingehändigt. In jedem Rutschen befanden sich Schaumrollen, zwei Stück Torten und zwei Zuckerringe. Alles war mit Gift bestreut. Beide Kordinals erkrankten nach dem Gemisse und mußten in das Krankenhaus nach Politz überführt werden. Kordinal sen. starb. Der Zustand Kordinal jun. ist ernst. Der Gendarmerie gelang es, sicherzustellen, daß die Sendungen von Antonie Kordinal, der Gattin des Kordinal jun. und seiner Schwägerin Emilie Laft aus Mähren abgeschickt wurden. Die beiden Frauen wurden verhaftet.

Risikogant von Hebelbergen. Aus den wasserreichen Gegenden Nordböhmens liegen Nachrichten über eine außerordentlich reiche Hebelbergrube vor. Ramentisch im Holzental und in den Revieren des Rammberggebirges, Neuschloß, Rehdorf, Grubberg, Böhm bis in die Mühlengraben Gegend ist heuer eine Massenernte an gut gereisten, saftreichen und ausgewaschenen Hebelbergruben zu verzeichnen. Der letzte Leipziger Wochenmarkt war mit Nordböhmern von Beeren überschwemmt und bei dem Riesenaufbot sanken die Preise, die noch 5 K pro Liter betragen, auf 1 K herab.

Prager Polizeibericht. Der Prager Polizei gelang die Festnahme des 34jährigen Viktor Kallias, der auf dem Bahnhof Sedletz-Stratzenberg dem Karl Horadel eine Bombe mit 2300 K gezogen und bei einem anderen Bahndiebstahl in der Nähe von Böhm-Stalitz den Handelsreisenden Krizel Lagnidla aus Müßitz und den Peter Tulajdan aus Untergrund angehalten hat. — Bei der Station der elektrischen Bahn in der Balachstraße in Smichow wurde die 24jährige Slava Světlikova aus Emschow 24 durch das Personenaufwärtungsamt A-1426 umgeworfen, das der Chauffeur Jaroslav Luma aus Paband lenkte. Sie erlitt schwere innere Verletzungen. Dem Chauffeur wurde die Fahrlizenz nach seiner Sicherstellung entzogen. — Ein sonderbares Abenteuer erlebte gestern früh um 4 Uhr der Beamte Karl Jirasek in der Baurgasse Prag II. Er erkrankte durch starken Rausch in seinem Zimmer und bemerkte, daß unter ihm das Bett brenne. Die herbeigerufene Feuerwehr konstatierte, daß im ersten Stockwerk des Hauses die Balken durch den schabhaftesten Roman Feuer gefangen hatten, wodurch dann der Fußboden und das Bett des Jirasek im zweiten Stock in Brand geraten waren. Die Feuerwehr mußte den Boden herausreißen und die Decke durchbrechen, um das Feuer löschen zu können.

Der republikanische Gedanke in der Ostmark. Wie der „Montagsmorgen“ meldet, fand Sonntag in Riesenburg der erste republikanische Tag in der Ostmark statt, zu dem Tausende aus Ost- und Westpreußen erschienen waren. Vom Reichspräsidenten Ebert und vom Schöpfer der Weimarer Verfassung, Abg. Preuß, waren Begrüßungsdelegationen eingegangen.

Oberbürgermeisterbau in Deutschland. Ein von deutsch-hannoverscher Seite in einer vertraulichen Versammlung des hannoverschen Bürgermeisterratskollegiums eingeleiteter Antrag den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Leinert abzubauen, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Leinert ist bekanntlich auch Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses. — In Cassel wurde vor einigen Tagen der gleiche Beschluß bezüglich des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Scheidemann gefaßt.

„Stahlhelm“ und Kommunisten. Nach einer Meldung des „Montag“ aus Gera wurden dort Teilnehmer an einer Fahnenweihe der Ortsgruppe des „Stahlhelm“ von Kommunisten überfallen. Die Landespolizei, die ihr Möglichstes tat, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, konnte jedoch nicht verhindern, daß eine ganze Reihe von Stahlhelmlieuten mit Eisenstäben und Messern mißhandelt wurden, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Deutsche Klassenjustiz. Am 26. April v. J. wurde im Schweriner Schloßgarten durch nationalistische Verbände ein Kriegerdenkmal eingeweiht. Das Kriegerdenkmal zeigt den zusammenbrechenden Siegfried. Dieser Siegfried ist nicht, wie es die Sage meldet, mit einem Speer, sondern mit einem Dolch erschlagen. Das sollte ein Hieb sein gegen die Republik und die Republikaner. Nationalistische Blätter gaben auch ganz offen die Verbindung mit der Dolchstoßlegende zu. Am gleichen Tage veranstalteten die sozialistischen Arbeiter Schwerins eine Gegendemonstration, die ebenfalls von der Regierung genehmigt war. Auf dem Rückmarsch kam es innerhalb der Stadt zu Szenen, wobei schwarz-weiß-rote Fahnen heruntergerissen und einige Offiziere a. D. tätlich beleidigt wurden. Im Anschluß an diesen Ausritt wurde gegen einige Arbeiter ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet, das am Freitag zur Verhandlung kam. Bemerkenswert ist, daß die verurteilten Offiziere keinen Strafbescheid erhielten, daß vielmehr nur wegen sonstiger Ausschreitungen Anträge erhoben wurden. Das Gericht kam zu Aufsehen erregenden Urteilen, und zwar lauteten diese von zwei Wochen bis zu zehn Monaten Gefängnis, u. a. neun Monate, sechs Monate und ein Monat. Bezeichnend für die Atmosphäre, aus der diese Urteile hervorgingen, ist die Begründung, in der das Gericht die Auffassung vertritt, daß, obwohl das damalige (sozialdemokratische-demokratische) Ministerium die Arbeiterdemonstration genehmigt hatte, doch eine „Zusammenrottung“ zu erblicken sei. Man hat den Eindruck, als ob das Gericht damit die Regierung nachträglich noch als Lust behandeln wollte.

Hochwasser der Spree. Der „Montagspost“ zufolge herrschte am Sonntag abends im ganzen Spreewalde ein schweres Gewitter mit Wolkenschlag. An vielen Stellen trat die Spree über die Ufer und richtete erheblichen Schaden an. In den Straßen von Lübben und Lübbenua steht das Wasser in einer Höhe bis zu einem Meter.

Schweres Autounfall. Das Automobil des Fürsten Salm-Reifferscheid-Dyck von Schloß Dyck bei Kapellen, in dem sich der Fürst selbst, drei Personen und der Chauffeur befanden, wurde, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, als es das Bahngelände der Bahnstrecke Neuf-Düren bei der Datschaff-Harff kreuzte, von einem Juge erfasst. Die Schranken waren anscheinend, infolge eines Defektes, nicht geschlossen. Der Fürst und der Chauffeur waren auf der Stelle tot. Die drei Frauen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus in Düren eingeliefert. Das Automobil ist vollständig zertrümmert.

Polnisch-deutsche Differenzen. Die polnische Regierung hat an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, in der sie für das am 18. März in Allenstein gegen den polnischen Bischof Paul Ripa verübte Revolverattentat Gemütlung verlangt. Wenn eine solche nicht gewährt werden sollte, würde sich die polnische Regierung veranlaßt sehen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Unter diesen Konsequenzen ist offenbar die schon früher in Erwägung gebrachte Schließung der polnischen Konsulate in Westpreußen zu verstehen.

Fliegerabsturz in Berlin. Sonntag abends um 7 Uhr stürzte ein in Berlin stationiertes Passagierflugzeug infolge böigen Windes ab. Der Führer und die drei Insassen erlitten schwere innere und äußere Verletzungen.

Keine Neuwahlen in Jugoslawien. Ministerpräsident Pefić ist Sonntag früh von Belgrad zurückgekehrt, ohne, wie verlautet, vom Könige das Mandat zu Neuwahlen erhalten zu haben.

Ein Dampfer in Flammen. Der Dampfer „Three Rivers“, der aus der Chesapeake Bay nach Baltimore unterwegs war, geriet in der Nacht auf den 4. Juli in Brand. Von 350 an Bord befindlichen Reisenden wurden viele, die über Bord sprangen, durch andere Schiffe gerettet. Man befürchtet, daß zahlreiche Todesopfer zu beklagen sind.

Blutige Kämpfe in Marokko. Dem amtlichen Kommuniqué zufolge haben in Marokko blutige Kämpfe stattgefunden. Der gut-bekämpfte Gegner leistet verzweifeltsten Widerstand. Die Spanier haben unter großen Schwierigkeiten alle Positionen behauptet.

Das umgestaltete Kristiania. Wie wir bereits berichtet haben, hat der norwegische Storting mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, den Namen der Hauptstadt Kristiania vom 1. Januar 1925 ab in Oslo umzuwandeln. Oslo ist der Name der alten Stadt, die der norwegische König Harold 1048 auf der Stelle angelegt haben soll, auf der heute der Ostteil von Kristiania liegt. Völliglich hat aber diese Siedlung schon lange vor dem 11. Jahrhundert bestanden. Nach der Vereinigung von Dänemark und Norwegen 1397 verlor Oslo langsam an Bedeutung. Im Jahre 1667 wurde es von den Schweden niedergebrannt und fiel 1624 noch einmal einer Feuersbrunst zum Opfer. Die Bewohner siedelten dann nach einer nahegelegenen Stelle über, auf der König Christian IV. eine neue Stadt baute, die in einem Erlass vom 28. September 1624 den Namen Kristiania erhielt. Die Bürger von Oslo behielten aber ihre alten Privilegien und ihr altes Wappen. 1897 wurde das alte Oslo in die sich ausdehnende Stadt Kristiania einbezogen, und die alte norwegische Tradition hängt an diesem Namen, während in Kristiania, die Zeit der dänischen Herr-

schaft fortlebt. Es ist daher begreiflich, daß die Norweger jetzt zu dem Namen Oslo zurückkehren.

200.000 Mark unter einem Tischlein. Ein Antwerpener Kunsthandler, der einige Bilder im höchsten Sachwert eines Hauses besetzen wollte, rief sich auf den Flur des dritten Stocks aus und blinnte dabei, außer Atem, in die offenernde Wohnung. Da bemerkte er — so wird in einer Fachzeitschrift erzählt — unter einem wackeligen Tisch ein Buch, das unter das Tischlein geschoben war, um es zu stehlen. Mit seinem Kennerblick erkannte er sofort, daß das Buch in Menschenhaut gebunden war. Er bot die alte Frau, die die Wohnung bewohnte, sich den merkwürdigen „Tischknopf“ näher ansehen zu dürfen, und stellte fest, daß es sich um ein altes lateinisches Werk handelte, von dem nur noch zwei Exemplare bekannt waren. Die Frau erzählte, daß sie das Buch geerbt habe (es nichts damit anzufangen wisse). Sie habe es unter das Tischlein gelegt, weil es gerade die richtige Dose habe, um das Wackeln des Tischs zu verhindern. Der Händler nahm das Buch und versproch ihr, den Gewinn mit ihr zu teilen. Er verkaufte es an einen Sammler und überreichte der erstannten Frau 100.000 Goldmark, die Hälfte des erzielten Preises.

Witterungsübersicht vom 7. Juli. Am Sonntag herrschte in der westlichen Hälfte der Republik veränderliches Wetter bei normaler Temperatur. Stellenweise ausluden sich Gewitter. Größte Regenmengen meldet Eger 10, Aulitz 17 Millimeter. In der Slowakei herrscht noch Hitze (28 bis 30 Grad Celsius). Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortdauer des veränderlichen Wetters.

Pumor. (Kindermand.) Das achtsjährige Mädchen erhält als Belohnung für ein gutes Schulzeugnis vom Vater ein Los gezogen. „Siehst du mein Kind“, hat der Vater, wenn du stets so brav und fleißig bist, dann wirst du auch ganz einen Haupttreffer gewinnen.“ Nach einigen Tagen findet der Vater das Kind mit gefalteten Händen und eifrig wärmelnd vor einem Buche sitzen. „Was liest du da?“ fragt er. — „Ich lese nicht, — ich bete“, sagt Mädchen. „Du bestest? Je?“ fragt der Vater verwundert weiter. — „Nun freilich!“ erwiderte Mädchen, „ich bete, daß mein Los gewinnen soll.“ — „Aber Kind“, wörtet der Vater ein, „für solche Fälle gibt es ja keine Gebete in einem Buche!“ — „O, doch“, erwiderte Mädchen, strahlend vor Freude, „sieh her — hier steht es ganz deutlich: „Gebot für Kinderlose.“

85.000 Kilometer zu Fuß.

Die Wanderer um die Welt zu Fuß, wie sie vor dem Krieg nicht so selten waren, sind wieder aufgeblüht. Aber die Wanderer von heute sind nicht von dem Eifer ihrer Vorgänger befallen, das Ziel zu erreichen, die Welt zu durchwandern, nur um des Ruhmes willen. Die Weltwanderer von heute sind durchwegs moderne Menschen. Sie machen nicht aus Idealismus mit, sondern ihre Motive heißt: Geld verdienen. Nun, der eine so, der andere auf andere Weise, und die beiden jungen, sehr frisch aussehenden Holländer, die von der Toorn und André Driffen, die sich in der Redaktion des Berliner „Vorwärts“ vorstellen, sagten in leiblich gutem Deutsch mit ein wenig holländischem Akzent, daß sie nur auf die Weltwanderung gegangen sind, um Geld zu verdienen mit dieser „Tat“. 24 Jahre ist der eine alt und 25 Jahre der andere. Von Beruf sind sie Schriftsteller, indessen, sie haben erkannt, daß mit den Zeiten mehr Geld zu verdienen ist, als mit der Feder, und diese Konstatierung ist jedenfalls nicht falsch. Die Vorgeschichte der Reise ist interessant und lustig genug. Die von der Toorn und André Driffen sind, wie gesagt, Schriftsteller, und sie verfaßten hauptsächlich Reisebücher und Erzählungen. Da lasen sie, daß zwei holländische Barone, die anscheinend nicht wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen und die sich unter allen Umständen für die leidende Menschheit einsetzen wollten, eine Auslobung erlassen hatten. Wer in neun Jahren 85.000 Kilometer um die Welt zu Fuß absolviert, erhält 85.000 Gulden, das sind etwa 56.000 Goldmark. Da meldeten sich die beiden jungen Schriftsteller und der Kontrakt wurde perfekt. Die Reiseroute wurde festgelegt und die näheren Bestimmungen. Auf dem Land dürfen sie nur wandern. Sie müssen sich an den einzelnen Orten von den Behörden ihre Anwesenheit bescheinigen lassen, und sie haben heute schon nach 12.000 Kilometern ein stattliches Buch mit Stiegeln und Stempeln der Polizei. Sie dürfen nur von dem Verkauf der Postkarten mit ihren Photographien leben und sind verpflichtet, von ihrer Reise, ihren Abenteuern und Erlebnissen kurze Berichte an die holländischen Barone zu geben. Ohne Geld müßten sie aus Holland abmarschieren. Ihr bestes Hilfsmittel ist die Sprachkenntnis. Sie beherrschen achtzehn Sprachen so gut, daß sie sich mit den Bewohnern des betreffenden Landes verständigen können.

Die Reiseroute geht von Holland über Belgien, Luxemburg, Frankreich, Korsika, Italien, Schweiz, Ungarn, Österreich, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Polen, Rußland, Baltan, Ägypten, Indien, Japan, Mexiko, Brasilien, Kanada, Liberia, Tunis, Marokko, Algerien, Portugal, Spanien und England nach Holland zurück. Ende Juli 1923 sind sie aus dem Haag in Holland aufgebrochen. 1922 müssen sie wieder in Holland sein. Jetzt haben sie Deutschland durchwandert und nun geht es nach Dänemark. Manche Leiden und viele Entbehrungen haben sie unterwegs bestritten. Namentlich auf dem kleinen und armen Korsika, wo sie im verflochtenen Winter bei fürchterlicher Kälte und hohem, schier undurchdringlichem Schnee verweilten, wo ihnen niemand ihre Postkarten ablaufen wollte, haben sie so viel gelitten, daß sie schon am Weiterkommen verzweifel-

Volkswirtschaft.
Eine große Arbeiterbank in Deutschland.

Altienkapital 750.000 Goldmark, d. i. 6 Millionen Mk. — Einrichtung einer Sparkasse. — Filialen an den Hauptplätzen des Reiches.

In Deutschland sind die Bestrebungen zur Gründung einer großen gewerkschaftlichen Bank, die die Finanzkraft der Organisationen zusammenfaßt und in den Dienst der gesamten Arbeiterbewegung stellt, nunmehr soweit gediehen, daß die freien Gewerkschaften sich ein eigenes Finanzinstitut zu schaffen beschlossen haben. Am 15. Mai d. J. bewoß die erste Generalversammlung der Deutschen Kapitalwertverwertungsgesellschaft, die bisher in engerem Rahmen die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Bank verrichtete, den Ausbau des Unternehmens zu einer Aktiengesellschaft mit einem Altienkapital von 750.000 Goldmark. Beteiligt sind an der Gründung alle dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften und die Mehrzahl der dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund angehörigen Organisationen, ferner der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und einige seiner angeschlossenen Verbände. Die Bank wird den stolzen Namen „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.“ führen. Ihre Geschäftstätigkeit kann sie erst in einiger Zeit aufnehmen, da noch die für eine Gründung der Aktiengesellschaft sehr zahlreichen Formalitäten zu erledigen sind.

Immerhin ist der hoffnungsvolle Anfang gemacht, der Beschluß zum Aufbau eines großen Bankinstituts gefaßt. Schon seit langem haben die kapitalistischen Banken und Gewerkschaften aller Länder eingesehen, daß die fortwährend zufließenden, aber nur innerhalb gewisser Zeiträume zu bestimmten Zwecken verwandten Mitgliedsbeiträge der zentralen Gewerkschaftsorganisationen eine wichtige und ergiebige Geldquelle darstellen, die man sich zunutze zu machen suchen mußte. Woche für Woche sammeln sich aus den Groschenbeiträgen der einzelnen Organisationen mit ihren Millionen von Mitgliedern Summen auf, die im Streikfall und bei ähnlichen Anlässen sofort verfügbar sein müssen, in der Zwischenzeit aber bisher nur durch Anlage bei einer privaten Bank zinstreuend gemacht werden konnten. Nichts liegt daher näher als der Gedanke, diese Kapitalkraft in den Dienst der eigenen Sache zu stellen. Trotdem schreckte man vor diesem Gedanken zurück. Das natürliche Gefühl der Abneigung gegen jede kapitalistische Betätigung der Gewerkschaften wirkte hier hemmend, der Mangel an ausreichenden gemeinnützigen Produktionsunternehmen, die wenigstens einen Teil der Gelder im Rahmen der von der Arbeiterschaft gepflegten wirtschaftlichen Interessen hätten verwenden können, kam hinzu. Schließlich erfordert die Geldverwaltung für die Gewerkschaften andere Grundsätze als die privaten Banken, da nur ein kleiner Teil der vorhandenen Beträge eine Anlage verträglich, wie sie im Bankgeschäft üblich ist. Der weitaus größte Teil muß jederzeit verfügbar sein. Es galt also, die notwendigen Erfahrungen zu sammeln und ein Geldinstitut zu organisieren, das allen diesen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Der Widerstand gegen die Schaffung einer Gewerkschaftsbank mußte ohnehin mit der Zeit schwinden, da die großen Massen der Verbände ihre Geldbeingänge nicht bei sich verwahren konnten, sondern bei einer privaten Bank hinterlegen mußten. Sobald das jedoch geschah, kamen diese Gelder doch in irgendeiner Weise der kapitalistischen Wirtschaft zugute, und zwar oft gegen die Interessen der Arbeiterschaft: mit denselben Geldern, die die eine Gewerkschaftskasse bei der Bank hinterlegt hatte, konnte ein Industrieunternehmen auf dem Wege des Kredites bei der Bank die Aussperrung einer anderen Gruppe von Gewerkschaften finanzieren. Dem entgegenzuwirken, ist selbstverständlich Aufgabe der Organisationen; es kann aber nur geschehen durch die Bildung eines eigenen Bankinstituts.

Die vorbereitenden Arbeiten wurden wie erwähnt, versehen von der Deutschen Kapitalwertverwertungsgesellschaft, die im Frühjahr v. J. gegründet worden ist. Sie hat erfolgreich versucht, die freien Gewerkschaftsgelder bei sich zu konzentrieren und sie zweckmäßig anzulegen. Dadurch wurde erreicht, daß der erhebliche Zinsunterschied zwischen Schuld- und Guthabenzinsen, der sonst Privatbanken zufließt, der Gewerkschaftsbank zugute kam. Auch die Kapitalwertverwertungsgesellschaft war eine Schöpfung der freien Gewerkschaften und des A.-B.-B. Seine Aufgaben hat das Unternehmen, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, trotz der durch den Währungsverfall gegebenen Schwierigkeiten in vollem Maße gelöst. In demselben Maße, wie die Gewerkschaften von der Inflation finanziell geschwächt wurden, wuchsen auch die Schwierigkeiten für die verhältnismäßig kleine, mit einem Gesellschaftskapital von 18.000 Goldmark gegründete Anstalt. Ihre Arbeit bezog sich aber nicht nur auf die Geldverwaltung. Sie hat auch in vielen Fällen die einzelnen Verbände beraten, um sie vor den Folgen der Selbstwertung zu schützen, sie hat für diese alle bankmäßigen Geschäfte ausgeführt und vermochte sogar in den kritischen Monaten Oktober und November die Organisationen mit Krediten zu unterstützen. Sie konnte weiter ihren Geschäftskreis ausdehnen auf nicht gewerkschaftliche Organisationen und Institute, die der Arbeiterschaft nahestehen. So wurden allmählich die Voraussetzungen zur Gründung der Großen Bank geschaffen. Trotz aller Schwierigkeiten

war auch der finanzielle Erfolg der Kapitalwertverwertungsgesellschaft durchaus günstig. Das eingezahlte Kapital wurde im vollen Goldwert erhalten, man hat ferner 10 Proz. in Gold an Dividende an die Gesellschafter, die Gewerkschaften ausgezahlt und nach reichlichen Abschreibungen der Vermögensbestände Reserven zurückgestellt, die zur Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft verwandt werden.

Schon die Entwicklung der Deutschen Kapitalwertverwertungsgesellschaft hat die Möglichkeiten aufgezeigt, die für eine große Gewerkschaftsbank offen stehen. Selbstverständlich mußte bei moncheu gewerkschaftlichen Kreisen die Abneigung gegen eine solche Bank überhaupt erst überwunden werden. Bei der Ausgestaltung der Bank wird man auch versuchen, die anderen Zweige der Arbeiterbewegung, die den Gewerkschaften nahestehen, wie Genossenschaften und andere Wirtschaftsbetriebe der Arbeitnehmer an der neuen Bank zu interessieren, um so eine Konzentration der finanziellen Kraft der Arbeiterschaft herbeizuführen. Die daraus der Bank zustießenden Mittel werden noch verstärkt werden durch die geplante Einrichtung einer Sparkasse und durch die Gründung von Filialen an den Hauptplätzen des Reiches. Diese ganze Entwicklung kann natürlich ebenso wie die bisherige Vorbereitung der Bank nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung verfolgt werden, um unter allen Umständen Rückschläge zu vermeiden, die der ganzen Arbeiterschaft schaden würden. Deshalb wird die Ausführung des Programms geraume Zeit erfordern. Aber es ist ein Beweis für die wachsende Aktivität innerhalb der Gewerkschaften, daß man die in der Finanzkraft der Arbeiterschaft liegenden Möglichkeiten klar und zielbewußt ausgegriffen hat und hier Machtpositionen zu schaffen im Begriffe ist, die auf die Dauer die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Schlagkraft steigern und damit der ganzen Arbeiterschaft zugute kommen werden.

Kongress der tschechischen Bergarbeiter.

Prag, 7. Juli. Gestern wurde in Prag der sechste Kongress des „Dobro hornika“ (Bergarbeiterverbandes) um zehn Uhr vormittags eröffnet. An dem Kongress nehmen für die Union der Bergarbeiter die Genossen Senator Jaroslav und J. Bonaf, in Vertretung des Bergarbeiterverbandes Deutschlands Abgeordneter Janškal teil. Nach der Begrüßungsansprache des Abgeordneten Prokšil, der auch der in den letzten drei Jahren in Erfüllung ihres geschwollenen Berufes tödlich verunglückten 947 Bergarbeiter sowie des Todes des Genossen Huer gedachte, überbrachten Abgeordneter Janškal und Senator Jaroslav die Grüße ihrer Verbände. Jaroslav erinnerte an die gemeinsame Arbeit der Bergarbeiterverbände in der Koalition. Stürmischer Beifall dankte seinen Ausführungen.

Aus den Berichten über die Tätigkeit des Verbandes ist ersichtlich, daß der Verband heute noch 10000 Mitglieder noch immer über 30.000 Mitglieder zählt. Der Verband hat in der Berichtperiode an Streikunterstützungen acht Millionen Kronen ausgezahlt.

Während des heutigen Verhandlungstages wurden einige vorgeschlagene Statutenänderungen sowie die Beibehaltung der bisherigen Mitgliedsbeiträge beschlossen.

Schluß der internationalen Arbeiterkonferenz.

Genf, 6. Juli. Am Samstag nachmittags genehmigte die internationale Arbeiterkonferenz mit 73 gegen 50 Stimmen in erster Lesung die Konvention über die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Mehrere Anträge über den Achttundentag und den Eintritt Sowjetrußlands in die internationale Arbeiterorganisation wurden in Zustimmung dem Sinne an den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes weitergeleitet. Endlich stellte die Konferenz noch den Wortlaut eines Schreibens fest, das sie auf Antrag Barbosa (Brasilien) an die Witwe Wilsons, des Gründers des Völkerbundes und der internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes richtete. Zum Schluß gab der Präsident der Konferenz Branting einen Rückblick auf die Arbeit der gegenwärtigen Tagung. Albert Thomas erklärte, daß die Konferenz in den Augen der Welt in der sechsten zu Ende gegangenen Tagung nützliche Arbeit geleistet und die wachsende Solidarität der internationalen Arbeiterorganisation erwiesen habe. Damit wurde die gegenwärtige Tagung geschlossen.

Gerichtssaal.
Der Benzinprozeß.

Prag, 7. Juli. Die heutige Verhandlung wurde mit einigen Anträgen der Verteidigung auf neuerliche Zeugenerkennung des Sektionsrates Stubeck und des Generals Rosal, sowie der Zivilbeistehenden Benoni, Kolben und Tuffa eröffnet, da sich in den Auslagen der letzteren bezüglich des Staatskapitäns Tostal Döbergengen ergeben hätten. Das Gericht stimmte jedoch den Anträgen des Militärprokurators auf Ablehnung, bezw. Aufschub der Entscheidung über diese Anträge zu. Hierauf wird unter allgemeiner Spannung der Militärprokurator Oberstleutnant Kasper aus Josefstadt einberufen, der das Verhör mit Weislich schließt und auf eine Anfrage Adams zugibt, daß ihm seinerzeit die Angaben Weislichs nicht sehr vertrauenswürdig erschienen und daß er Weislich daher wiederholt gefragt habe, ob er auch die Wahr-

Von der Elbe bis zur Donau.

Der Lauf der Elbe und der Donau geben die Zierlichkeit der tschechoslowakischen Handelspolitik an. Hinsaus auf den vielumkämpften Weltmarkt muß die heimische Industrie mit ihren mannigfachen Produkten, aber auch die Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen draußen über der Grenze absetzen, weil der inländische Konsum nicht aufnahmefähig genug ist.

Die Elbe erschließt uns das weite Gebiet Nordeuropas und des amerikanischen Kontinentes, die Donau Südosteuropa, den Balkan, das Gebiet des Schwarzen Meeres und darüber hinaus Vorderasien. So sind Elbe und Donau die großen Pulsadern des tschechoslowakischen Wirtschaftslebens, deren Bedeutung im Falle einer geschichtlichen Politik von Jahr zu Jahr steigen muß. Nicht nur für die Ausfuhr ist der billige Wasserweg von unendlicher Bedeutung, auch für die Einfuhr. Die tschechoslowakische Industrie braucht ungeheuer viel Rohstoffe aus dem Ausland; daselbst liefert uns auch jene fehlenden tausenden Tonnen Getreide, welche uns die heimische Landwirtschaft noch nicht bieten kann.

Die Väter des tschechoslowakischen Staates haben genau gewußt, warum sie ihren Anteil an der von Prag so weit entfernten Donau haben mußten und die Pläne, welche darauf hinauslaufen, durch Ueberwindung der Wasserscheide eine Verbindung zwischen Elbe und March und damit eine auch solche mit der Donau herzustellen, deutet auf eine zielfähige Absicht hin. Wenn ein direkter internationaler Verkehrsweg von Hamburg über die Elbe, welche bereits bis Pardubitz reguliert wird, sowie über die March und die Donau hergestellt sein wird, dann erst wird Böhmen wahrhaftig ein Zentrum des europäischen sowie des Weltverkehrs sein.

Unwillkürlich kommt einem die Bedeutung der beiden Ströme zum Bewußtsein, wenn man offenen Auges die 526 Kilometer lange Strecke Bodenbach—Přezburg in eifriger Schnelligkeit durchfährt. Die Elbe ist besonders in der Strecke Laube—Aussig kurzzeitig so belebt wie schon lange nicht. Der Umschlagplatz Laube ist total überfüllt und wochenlang müssen die Kähne liegen, ehe sie entladen werden können. Ziel Zeit und Geld geht durch die unzureichenden Anlagen verloren; vom Ausbau dieses wichtigen Umschlagplatzes will jedoch die Regierung nichts wissen. Auf der Fahrt gegen Aussig und Leitmeritz kann man gegenwärtig einen Schlepplug nach dem anderen auf der Elbe beobachten. Je weiter wir in das tschechische, von der Regierung so bevorzugte Gebiet kommen, desto schwächer wird der Verkehr auf der Elbe und Moldau. Die regulierte Elbstrecke zwischen Kolin und Pardubitz mag überhaupt keinen nennenswerten Verkehr aufweisen. Erst wenn man wieder zur Donau kommt, zeigt sich neues Leben. Die March selbst ist noch nicht schiffbar gemacht.

So sehr Elbe und Moldau der staatlichen Gemeinschaft ein- und dieselben großen Dienste leisten, so grundverschieden sind dagegen ihre sonstigen Begleiterscheinungen in topographischer und volkswirtschaftlicher Beziehung. Anders es Land, andere Völker hier und dort! Die nordwärts zur Nordsee abfließende Elbe zwängt sich in ihrem wichtigsten Teil zwischen steil aufragenden Klippen und Bergen hindurch. Im schmalen Tale, öfters kaum für Straße und Eisenbahnen Raum bietend, zusammengedrängt Ort neben Ort, zwischen zahllosen Obstbäumen halb verdeckt, überragt von zahlreichen qualmenden Fabrikschloten. Bullerendes Industrieleben allenthalben. Der Blick ist begrenzt und bleibt auf den waldbedeckten Hängen des nächstliegenden Hügel haften. Nicht selten greifen von hoch drohen Dörfer, Villen oder Kirchen. Die Anlage der Dörfer verrät den Einschlag des norddeutschen Kulturkreises, ebenso die Sprache.

Ganz anders sieht da unten an der vielbesungenen „blauen“ Donau! Přezburg ist nahe. Die letzten Ausläufer der kleinen Karpathen liegen vor uns. Rechts der gerade hochgehende Grenzfluß zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei, die schon genannte March, die weithin slowakische Felder alljährlich unter Wasser setzt. Trüben auf österreichischer Seite war man fürstlich: Kriegsgefangene haben einen schwebenden Donau aufgebaut. Wir passieren einen längeren Tunnel, haben nun die kleinen Karpathen im Rücken und halten gleich darauf in der Station Přezburg. Der Blick schweift von hier in südlicher und südöstlicher Richtung gehend über die in der Sommerhitze stimmende weite Ebene. Rechts ziehen sich an beiden Zeiten der gelb-bräunlich gefärbten, dem Schwarzen Meer zuströmenden Donau niedrige Berge dahin. Auf dem linken tschechoslowakischen Ufer enden sie beim Zusammenfluß der March mit der Donau in Theben, während drüben bereits österreichisches Gebiet ist. Gerade aus, wenige Kilometer entfernt, beginnt schon das Königreich Ungarn. Im Halbmond ziehen sich im Norden von Přezburg die rebenbedeckten Hügel hin. Hoch überragt die Stadt die mächtige Ruine des von den Franzosen im Jahre 1805 zerstörten Königschlosses. Damit kommen wir zur Geschichte der interessanten Stadt. Heute repräsentiert sie sich trotz ihrer Vielsprachigkeit der rund 80.000 Einwohner als eine wichtige Position der tschechischen Politik. Was dem Fremden sofort in die Augen fällt, sind die meist dreisprachigen Aufschriften der Geschäftsschilder: slowakisch, ungarisch und deutsch. Dazu die tschechischen Amtstafeln: man kann wirklich nicht behaupten, daß es an sprachlicher Abwechslung mangelt. Die tschechische Sprache wird mit allem Nachdruck propagiert. Vor dem Umfassen waren in Přezburg verhältnismäßig wenig Tschechen, jetzt sind's zehntausende, darunter nicht wenig Staatsangestellte und Soldaten.

Dagegen seit vielen Jahrhunderten mit Ungarn aufs innigste verbunden, hat die Stadt ihre Zugehörigkeit zum süddeutschen Sprachgebiet noch heute nicht verlernt. In Sprache, Sitten und Gebräuchen, der Bauweise usw. ist die Verbindung mit dem süddeutschen Sprachstamme bei einem sehr erheblichen Teile der Bevölkerung unverkennbar. Alle Magyarisierungsbemühungen haben nicht vermocht, die Deutschen und Slowaken „anzubuttern“. Dabei war Přezburg-Pozsony, das man tschechischerseits in Bratislava umtaufte, bis 1848 die Krönungsstadt Ungarns, ja noch mehr, die Hauptstadt des Landes. Hier wurden durch Jahrhunderte hindurch die Geschicke Ungarns entschieden, denn in Přezburg war der Landtag und die stolzen Magnaten, welche hier regierten, gaben der altertümlichen Stadt Glanz und Leben. Heute noch trägt die ehemalige Krönungskirche auf ihrem schlanken Turme statt des Kreuzes eine „guldene“ Krone. Und dort, wo das gestürzte Denkmal der Kaiserin Maria Theresia war, erhob sich ein aus allen Teilen Ungarns zusammengetragener Erdhügel, von wo aus der neugekrönte König sein Schwert nach den vier Himmelsrichtungen schwang, zum Zeichen, daß er das Land schützen werde. Ueberreifer tschechischer „Patriotismus“ will die letzte sichtbare Erinnerung an die magyarische Vergangenheit auslöschen. Auf steilem Ruinensfels in Theben, unmittelbar am Zusammenfluß der March mit der Donau ragte bis 1920 stolz die Millenniumssäule empor. Oesterreicher und Ungarn an die 1000jährige Verfassung des Königreiches gemahnend. Die Trümmer des mittels Dynamit gesprengten Denkmals liegen zum Teil jetzt im Uferwasser der Donau, nur ein Stumpf zeugt von vergangener Pracht und Herrlichkeit.

(Schluß folgt.)

Kunst und Wissen. Die neuinszenierte „Götterdämmerung“

Mit der am Samstag im Neuen deutschen Theater in neuer Bühnenausstattung aufgeführten „Götterdämmerung“ hat Richard Wagners vierteiliger „Nibelungen-Ring“ nunmehr seine vollständige szenische Neugestaltung erhalten. Wie die Ausstattung der früheren Teile der Tetralogie, des „Rheingoldes“, der „Walküre“ und des „Siegfried“, stammt auch jene der „Götterdämmerung“ aus der künstlerischen Werkstatt der Berliner Meister der Szene Prof. Franz Ludwig Hirth und Emil Pirchan. Das abschließende Gesamturteil über die „Ring“-Neuinszenierung läßt sich in die Erkenntnis zusammenfassen, daß unsere alte Wagner-Neumannsche „Ring“-Szenerie zwar im höchsten Maße erneuerungsbedürftig war, daß sie aber immer noch illusionserfüllend im Wagnerschen Sinne wirkte, während die neue Berliner „Ring“-Aufmachung die durch die schöne und originale „Rheingold“-Neuinszenierung gegebenen Verhältnisse nicht erfüllt hat und mit jedem weiter folgenden Werke des Zyklus illusorischer und einflussärer wurde. Die in den nächsten Tagen stattfindende erstmalige geschlossene Aufführung des neuinszenierten „Nibelungen-Ringes“ wird erst erweisen müssen, ob die künstlerische Gesamtarbeit der beiden Berliner Meister der Bühnenausstattung, die sich im Wesentlichen auf die Ausnützung von Licht und Farben und puritanische Nüchternheit der Szene stützt, jenen einheitlichen Stil andrückt, der nachhaltige und überzeugende Wirkung ausübt und der Kunst und Handlung Wagners illusionen- und stimmungsfördernd zur Seite steht. Ueber die Neuinszenierung der „Götterdämmerung“ im besonderen ist zu sagen, daß sie zwar manche gute Bühnenbilder bietet, aber der Lösung der wirklichen schwierigen szenischen Probleme, die einer modernen Regie doch leichter fallen müßte als den primitiven bübenerischen Mitteln des Wagnerschen Zeitalters, gelfestlich aus dem Wege gegangen ist. Dies gilt vor allem hinsichtlich des letzten Bühnenbildes, das wieder Brühnildens Totenfeier für Siegfried glaubwürdig im Wagnerschen Sinne offenbart, noch die Ueberführung der Gibichungenhalle durch die Wogen des Rheines und die „Dämmerung“ der Götter in Walhalls Saal halbwegs überzeugend zum Ausdruck brachte. Auch bei den Verhandlungen des zweiten und dritten Aktes, die sich nach der Bühnenvorführung Wagners bei offener Szene, und zwar das einmal durch den abschließenden Vorhang der Gibichungenhalle, das andermal durch die Nebel des Rheines vollziehen sollen, haben es sich die Berliner Herren leicht gemacht, indem sie einfach den Hauptvorhang fallen ließen, um den erforderlichen Umbau ungehindert bewerkstelligen zu können. Die Landschaft der neuen „Götterdämmerung“-Inszenierung wirkt im allgemeinen die hartnäckige Trostlosigkeit von Felsen- und unfruchtbaren Gesteinsoberflächen auf, wie wir sie in den früheren Teilen des „Ringes“ kennen gelernt haben. Wo die Szene von diesem obersten Stilprinzip abwich, wirkte sie geradezu erlabend für das Auge; so im ersten Bilde des letzten Aktes, bei dem ein paar angelegte Schiffsproben und Wägen am Rheinufer in diesem Sinne auffielen. Lobenswert und illusionsvollkommen hingegen war die kostümliche Ge-

Die Pflicht

als Parteigenosse sollte es jedem jagen, daß er sein Parteiorgan überall zum Abonnement empfiehlt und sich selbst und der Partei nützt!

staltung, die schon durch die Farbensymbolisierung der Gewänder der einzelnen handelnden Personen eindeutlich wirkte. Die musikalische Ausführung des Werkes unter Alexander Zemlinsky's sicherer und stiboller musikalischer Leitung hielt sich auf mittlerer künstlerischer Höhe. Theo Straß als reiser Held Siegfried war stimmlich nicht in der richtigen Besetzung und gab auch darstellerisch nicht sein Bestes. Eine hinreichende schauspielerische Leistung bot Frau Wolf-Detner als Brühnilde, so daß man ihr das stellenweise im dramatischen Affekte zum Schreien ausartende unkultivierte Singen gerne verzieh. Den Vagen sang als Gast Herr Rosalewicz; die aufgetragenen im Tone in der Mittellage und Höhe, nach in den tiefen Tönen, darstellerisch konventionell. Einen gefällig gut beratenen und in der Gestaltung endlich einmal männlich wirkenden Gunther gab Herr Sagen, Frau Hussas „Gutrune“, die Rheintöchter und das Hornentzweit waren achbare Leistungen. Auch der Chor zeichnete sich durch musikalische Disziplin aus. Edwin Janetschek.

Preisgekönte Künstler. Unter den akademischen Schülern, denen eben das Professoren-Kollegium der Wiener Akademie der bildenden Künste Preise zuerkannt hat, finden wir folgende Sudetendeutsche: Die Maler August Zeidler (Doloplah, Währten), Aug. Wenzel (Reichenau), Oskar Spatczek (Brünn), den Maler Hermann Zeitlicher (Duz); die Architekten Josef Benesch (Böhmisch-Weipa), Richard Bandian (Přezburg), Rudolf Kühnel (Falkenstein), Franz Reinhofer (Markt Eisenstein).

Spzialplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Eimer von unserer Leut“; Mittwoch „Reingold“; Donnerstag „Die Walküre“; Freitag „Der letzte Walzer“; Samstag „Androklus und der Löwe“; Sonntag „Siegfried“.

Spzialplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag und Sonntag „Ernst und Scherz in der Ereit“; Mittwoch und Sonntag „Amor in Nikolburg“; Donnerstag „Die kleine Sünderin“; Freitag „Die galante Nacht“.

Turnen und Sport. Die Geister, die sie riefen...

Das Bundesturnfest hat durch die damit sich einstellenden Forderungen der kommunistischen Minderheit für den Turnverband eine Situation heraufbeschworen, die noch manchen Sturm im Gefolge haben wird. Anscheinend wird es den Kommunisten schon ungemütlich, denn sie erklären im „Vorwärts“, endlich Schluß mit dieser Frage zu machen. Warum riefen sie aber erst die Geister? ... „Wis Mai muß sich der Bundesvorstand entschlossen haben... Vänger können die Kommunisten nicht warten.“ Und heute? Schluß mit dieser Angelegenheit.

Für die sozialdemokratische Arbeiterturnerschaft ist das Fest in dem Sinne längst „erledigt“ gewesen, daß sie für diese Veranstaltung alle Kräfte mobil machte und jetzt erst recht für einen Massenbesuch agitiert. Nicht erledigt ist aber für sie die Frage, die durch die kommunistische Taktik heraufbeschworen wurde. Die Regelung zwischen Mehrheit und Minderheit. Bisher wurde die Lösung dieser Frage durch die sogenannte Neutralität immer unterdrückt. Und worin bestand diese Neutralität? Daß die Mehrheit den Wünschen der Minderheit nachgab. Die Minderheit scherte sich den Forderungen der Mehrheit, ihre Forderungsbuchst ist maßlos und wir werden nicht eher Ruhe geben und den Fall als erledigt betrachten, bis dieser Zustand beseitigt ist.

Die kommunistische Presse verlangt endlich Schluß. Dabei schreibt sie ständig von „sozialdemokratischer Mehrheit“, „sozialdemokratischer Turnerkreis“, oder Bezirksleitung usw. Sogar tschechische kommunistische Blätter berichten mit Wollust über das Wirken ihrer Genossen. Nun aber hat die Angelegenheit eine Wendung erhalten, die den Kommunisten unangenehm wird. Das politische Empfinden ist unter der Turnerschaft lebendig geworden und fordert Aufklärung. Jetzt kommen die „Hörschungen“ ans Tageslicht. Bereits sind einige Beschlüsse gefaßt worden, die den Kommunisten den Standpunkt klar machen und mit aller Deutlichkeit jeden Angriff gegen das Vertrauen zu unseren Funktionären zurückweisen.

Einige neuerlichen Antrag, der sicherlich bald Nachahmung erfahren dürfte, sagte der 2. Bezirk des 5. Kreises in einer Obmann- und Turnwartekonferenz am Sonntag, den 6. Juli. Der Antrag lautet:

„Die heute am 6. Juli 1924 in Judmanteltagende Bezirksobmann- und Turnwartekonferenz des 2. Bezirkes beschließt:

Der Kreisleitung des 5. Kreises, ebenso dem Bundesvorstand und der Parteileitung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist zu ihrem Verhalten in der politischen Frage und in allen Fragen der Durchführungsmaßnahmen zum Bundesturnfest, das vollste Vertrauen auszusprechen.“

Der Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Konferenz war von 90 Delegierten, die 22 Vereine vertraten (7 fehlten), besucht. Nach Jahren wieder das erste Mal, daß in dieser Form unsere Parteizugehörigkeit und Ueberzeugung durch eine Turnervereinigung vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde. Der Antrag ist auch ein Wink an die R. S. J. Pleste & Co. (kann auch Koch heißen) in Berlin.

Die sozialdemokratische Turnerschaft hat sich wieder des eigenen „Ich“ erinnert. Die Schranken der Neutralität sind gefallen und wir sind überzeugt, daß in Karlsbad der sozialdemokratische 2. Turnbezirk nicht allein marschieren wird.

„Gleichheit“ Weiskirchlich in Prag.

Gegen Ruda Svědka - Rösire 3:0.

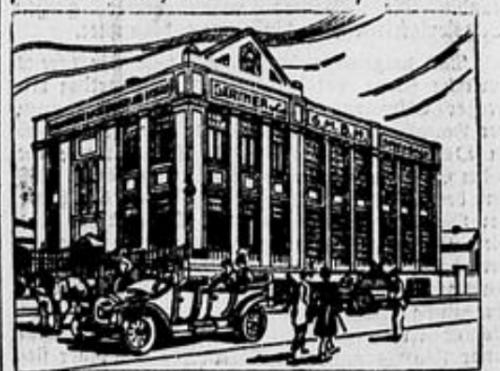
Sonntag war der Meister des 5. Turnkreises in Prag-Rösire bei „Rude Svědka“ zu Gast und konnte gegen eine der besten rotbesten Mannschaften einen 3:0 Sieg erringen. Der kleine Platz behinderte die volle Entfaltungsmöglichkeit der Weiskirchlicher.

Sonntagsspieltage. Prag, Sparta gegen Meteor Vinohrad, Meist, 2:0 (2:0). OHC gegen Slavoj VIII, Meist, 3:1 (1:0). Slavoj Zizkov gegen Praha VII, Meist, 2:1 (1:0). SK. Visek gegen Malostranský SK, Meist, 0:1 (0:1). Viktoria Vinohrad gegen Union Zizkov, Meist, 4:3 (1:1). MFK. Brsovice gegen Radlický MFK, Meist, 2:2 (1:1). Viktoria Zizkov gegen Viktoria Nusle, Meist, 2:2 (1:0). — Brünn: Maffabi und Mor. Slavia komb. gegen Akademist Boldklubben Kopenhagen 1:2. — Währ.-Osttrau: OHC. Prag gegen mähr.-schles. Gaumannshof 3:3 (2:2); der OHC. war technisch überlegen. — Pardubitz: Rapid Wien gegen SK. Pardubice 2:1. — Přezburg: Zdenec Brunn gegen OHC. 6:0 (Samstag), OHC. Bratislava gegen Zdenec Brunn 4:3. — Witkowitz: OHC. Troppau gegen OHC. 1:0. — Währ.-Osttrau: M.-O. SK. gegen OHC. Karwin 8:5. M.-O. SK. wird erstklassig. — Troppau: OHC. Dmüy gegen Hertha 1:0. Wien: Oufinale: Amateure gegen Seban 8:6 (1:1); die Entscheidung fällt erst in der Spielverlängerung. Einmütig gegen Austria 2:1. Vienna gegen Hertha 2:2. — Hamburg: Wiltona 93 gegen Hamburger SpB. 3:0. — Agram: Wiener Sportklub gegen Gradjanfi 0:1 (0:0). — Belgrad: Samstag: Wader Wien gegen Jednudo 2:1; Sonntag: Wader Wien gegen Beograder Sportklub 3:1 (3:0). — Krakau: Slavia Prag gegen Wisla 2:1 (1:1).

Olympiade. Die Olympiade hat Sonntag begonnen. Die ersten Resultate in der Leichtathletik lauten: 100 Meter Vorläufe: 1. Murchison (Amerika) 10 Sek., 2. Bowman (Amerika) 10,8 Sek. — 400 Meter Hürdenlaufen. Die sechs Vorläufe brachten nachfolgende Resultate: 1. Profins (Amerika) 54,8 Sek., 2. Coulter (Amerika) 55 Sek. — 800 Meter Vorläufe. In diesen spielt Europa eine bessere Rolle. 1. Briath (Frankreich) 1:50, 2. Richardson (Amerika), Karel und Schindler (Tschechoslowakei implaciert); 2. Lidiad Sidastika 1:58. — Hochsprung mit Anlauf. Mit einer Leistung von 183 Zentimetern qualifizierten sich für das Finale: Boor (Bereinigte Staaten), Guillaume (Frankreich), Osborn (Bereinigte Staaten), Roberts (Südafrika), Leiden (Frankreich), Gospar (Ungarn), Jansen (Schweden), Helgeben (Schweden), Brown (Bereinigte Staaten). — Speerwerfen: 1. Nyhräs (Finnland) 62,96 Meter, 2. Lindström (Schweden) 60,52 Meter. — 10.000 Meter Vorläufe: 1. Mitla (Finnland) liegt in 30:22 und schlägt den Weltrekord, 2. Wide (Schweden) 300 Meter zurück. Mitla verbessert hierdurch den erst kürzlich von ihm aufgestellten Weltrekord von 30:35,4. — Olympisches Schießen auf Schmitzuben: In der ersten Runde ging die kanadische Mannschaft mit 76 Punkten als Sieger hervor. Zweite Bereinigte Staaten, dritter Finnland; Tschechoslowakei an vierter Stelle mit 62 Punkten. — Olympisches Degenfechten. Erste Runde: Schweden gegen Tschechoslowakei. Tschechoslowakei tritt zurück. England schlägt Argentinien 9:7, Bereinigte Staaten schlagen Schweden 8:7, Holland schlägt Portugal 9:6, Spanien schlägt Italien 9:7, Uruguay schlägt Dänemark 9:7. — Im Seledrom von Paris begann der Olympische Ringkampf. Im Federgewicht hat Fettes (Luxemburg) gegen Rydaby (Tschechoslowakei) an. Der Kampf spielte sich rasch und meist in aufrechter Stellung ab. Rydaby gelang es, seinen Gegner in 17 Minuten 36 Sekunden zu besiegen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Golth.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Ofenmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Jernspracher Nr. 271. Postparaffa Nr. 127. 903